

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 283 · 24. JAHRGANG · AUSGABE 8/2018 · VOM 21. AUGUST 2018 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

7 | **Gemeinsam  
etwas erleben**

Behindertenverband Kreis Eberswalde

8 | **Brandenburgs  
verheerende Asyllotterie**

Der eigentliche BAMF-Skandal

12 | **Für ein gesundes  
Wohnumfeld (Teil 2)**

Wohnökologie ist eine Wissenschaft

## Abrüsten statt Aufrüsten

Das BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN EBERSWALDE ruft im Namen der mitwirkenden Gruppen alle Friedensfreunde auf, am 1. September, dem **Weltfriedenstag**, ab 10 Uhr auf den Eberswalder Marktplatz zu kommen.

Der diesjährige Weltfriedenstag wird von GUTEN MORGEN EBERSWALDE und dem BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN EBERSWALDE gemeinsam gestaltet. Um 10.30 Uhr werden die »Friedensfahrer« von der »Tour der Erinnerung« auf dem Marktplatz erwartet. Zu diesem Zeitpunkt wird Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI die Veranstaltung offiziell eröffnen.

Im weiteren wirken die Liedermacherin MERLE WEIBBACH, der Schülerchor der Schule Britz und der Chor IWUSCHKA mit. Redebeiträge steuern neben dem Bürgermeister MARTIN APPEL für die Kirchgemeinden Eberswalde und ALBRECHT TRILLER für das Bündnis für den Frieden Eberswalde bei. Es werden Unterschriften für den Appell »Abrüsten statt Aufrüsten« gesammelt. Zum Abschluß starten Friedenstauben in den Eberswalder Himmel.

Wir verbinden unsere Veranstaltung mit folgenden **Forderungen an die Bundesregierung:**

- Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
- drastische Reduzierung des Rüstungsetats
- Stopp der Rüstungsexporte
- keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Rußlands
- Fluchtursachen bekämpfen, statt Flüchtlinge vertreiben.

Die aktuelle äußerst kritische Situation für den Weltfrieden erfordert unser aller Engagement. Deshalb kommt zahlreich zur Friedenskundgebung.

ALBRECHT TRILLER (Bündnis für den Frieden Eberswalde) und UDO MUSZYNSKI (Guten Morgen Eberswalde)



Vor einem Jahr, am 1. September 2017, sprach in Vertretung des Eberswalder Bürgermeisters Petra Stibane (Foto), damals noch Verwaltungsdezernentin, zu den Teilnehmern der Kundgebung zum Weltfriedenstag. Vor einem Jahr bildete der Zusammenhang von Krieg als Ursache einerseits und Flucht und Vertreibung als Folge andererseits einen Schwerpunkt der Redebeiträge. Neben der Dezernentin und dem Moderator Albrecht Triller vom Bündnis für den Frieden Eberswalde ergriffen damals Thomas Janoschka von der »Initiative Barnim für alle« (sein Redebeitrag siehe BBP 9/2018) und Andreas Büttner von der Partei DIE LINKE das Wort.

### Tour der Erinnerung

**Eberswalde (bbp).** Anlässlich des Weltfriedentages lädt die Partei Die Linke Eberswalde am 1. September zu einer Fahrrad-Tour der Erinnerung durch Eberswalde ein. Auf der zwei-stündigen Tour werden mehrere Stätten angefahren, an denen während des zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter in der Rüstungsproduktion ausgebeutet wurden. Dazu gehört der Eberswalder Binnenhafen, einst der Standort eines Munitionswerkes, sowie das Industriegelände des Rofin-Parks und das ehemalige Außenlager des Frauen-KZ Ravensbrück Am Bahnhof Eisenspalterei (heute Standort des Jugend- und Kulturvereins EXIL e.V.).

Los geht es um 8.30 Uhr in Eberswalde am Kreisverkehr in der Britzer Straße (Shell-Tankstelle). Die Tour endet um 10.30 Uhr auf dem Marktplatz, wo die Tourteilnehmer von den Teilnehmern der gemeinsamen Friedensveranstaltung des Eberswalder Friedensbündnisses und »Guten Morgen Eberswalde« empfangen werden.

## Neulich...

...auf der Pressekonferenz von 50 Hertz: Es war am 13. Juni 2018. 50 Hertz hatte eingeladen, um die Eröffnung des Planergänzungsverfahrens für die geplante 380kV-Freileitung bekannt zu geben. Pünktlich zum Ende der Fußballweltmeisterschaft und dem Beginn der Sommerferien sollte die Planauslegung am 16. Juli 2018 erfolgen. So hatte das Landesbergamt entschieden.

Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit von 50 Hertz hatte einige Referenten aufgebeten, die einzelne Aspekte des Planergänzungsverfahrens erläutern sollten.

Ein Techniker aus der Schaltzentrale in Neuenhagen plädierte wortreich für die dringende Notwendigkeit der Leitung, die Fachfrau für Naturschutz versicherte abermals, daß die gefundene Trassenvariante die wirklich optimale Lösung, also alternativlos sei...

Dann spielte der Moderator plötzlich eine Musikkulisse ein, die man sonst nur bei der Präsentation der Champions eines Weltklasseboxkampfes zu hören bekommt. Auf dem Höhepunkt des Musikstücks drehte er die Lautstärke etwas herunter und verkündete dem irritierten Publikum: »Meine Damen und Herren, für alle Fragen des Vogelschutzes, das Kernstück des Planergänzungsverfahrens, haben wir heute für Sie einen ganz besonderen Experten eingeladen, der alle Zweifel an der Naturverträglichkeit unseres Vorhabens überzeugend ausräumen wird. Begrüßen Sie unseren exzellenten Vogelschutzexperten Dooooooooooooooooaaaaalldddd ...« »Duck!« rief da ein vorlauter Journalist in die gespannte Aufmerksamkeit.

»Nein nicht der Chef aus Entenhausen ist heute bei uns zu Gast, zweifellos ein Vogelexperte, weil er ja selbst zu den Gefiederten gehört, nein, unser Gast ist heute ein anderer Chef – Donald Trump! Ich bitte um einen Applaus für den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika!«

Und schon trat er aus der Kulisse, der leibhaftige Donald Trump, präsentiert mit gespreizten Fingern das V-Zeichen und winkt den versammelten Journalisten zu: »Hi, folks, hi, fans! Ihr wißt, daß ich kein Mann der vielen Worte bin, ich sag es lieber kurz und bündig. Für eure powerline ist der Vogelschutz ganz wichtig, most important. Absolut.

Deshalb sage ich, laßt uns die Vögel schützen! Baut eure Leitung, baut diese Leitung mit Masten, mit Masten, die wirklich groß sind, richtig groß, verstehn Sie mich? Die Masten müssen so groß sein, daß sie die Vögel unter keinen Umständen übersehen können. Das ist der perfekte Vogelschutz, glauben Sie mir, alles andere ist bullshit! Das ist meine Expertise, tschüss!« Weg war er; so schnell, daß sich die Autogrammjäger nur noch verwundert die Augen reiben konnten.

HARTMUT LINDNER

(Aus: Der Freileitungsfreund. Monatsschrift für den forcierten Netzausbau. 10 Jahrgang, Heft Nr. 6, S.9)

## Positive Resonanz für »Rotes Frühstück«



Foto: MARCOT ZEMANN

**Bernau (bbp).** Die Linksfraktion Bernau veranstaltete am 2. August ihr traditionelles ROTES SOMMER-FRÜHSTÜCK im Herzen der zweitgrößten Stadt im Landkreis Barnim. Wie die Fraktion mitteilt, fand das Frühstück »wie immer eine positive Resonanz. Das Angebot mit Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten unkompliziert ins Gespräch zu kommen, wurde dankbar angenommen.« Viele Themen der Bernauer Stadtpolitik seien angesprochen worden. Unter anderem ging es um neue Kitastandorte, die Pflegesituation für ältere Menschen sowie bezahlbares Wohnen für Familien und Senioren. Nicht zuletzt kamen die aktuellen Probleme mit dem Nahverkehr in und von Bernau nach Berlin zur Sprache. »Hausaufgaben, die die Stadtverordneten mitnehmen werden«, wie die Fraktionsvorsitzende Dr. DAGMAR ENKELMANN versicherte. Dr. Enkelmann konnte zudem berichten, daß auf Initiative der Linken-Stadtfraktion der Ausbau barrierefreier Bushaltestellen ab 2019

vorangetrieben werde. In Abstimmung mit dem Behindertenbeirat werde dazu eine Prioritätenliste erarbeitet.

### Sprechstunden unter freiem Himmel

Die Fraktion DIE LINKE. in Bernau lädt wie in jedem Sommer zu Sprechstunden unter freiem Himmel in den Ortsteilen ein. Die linken Stadtverordneten möchten mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort in lockerer Atmosphäre über die Situation in den Ortsteilen und die Stadtpolitik ins Gespräch kommen. Hier finden Sie die Stadtverordneten der LINKEN:

**Di, 21. August, von 16-18 Uhr**

**Lobetäl:** An der Alten Schmiede

**Ladeburg:** Gehweg in Höhe Kita

**Schönow:** Gehweg Bernauer Allee (bei REWE)

**Mi, 22. August, von 16-18 Uhr**

**Börnicke:** Gehweg Thälmannstr./Chausseestr. gegenüber der alten Schule

**Birkholz:** Birkholzer Dorfstr., vor Orteilzentrum

**Birkholzaue:** An der Festwiese.

## Einwohnerversammlung

**Eberswalde (prest-ew).** Die Einwohnerversammlungen gehen nach der Sommerpause weiter. Am Montag, dem 27. August, findet um 18.30 Uhr die Ortsteilbegehung für Westend statt. Treffpunkt ist der Parkplatz Am alten Busbahnhof am Jugendklub »Stino«.

Von dort beginnt dann die Ortsteilbegehung mit Bürgermeister Friedhelm Boginski und den Dezernenten der Stadt. Unter anderem wird es im Rahmen des Rundgangs einen Besuch der Kinderakademie Eberswalde im Kupferhammerweg geben.

Natürlich werden die interessierten Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit haben, mit Verwaltungsmitarbeitern ins Gespräch zu kommen und Fragen zu stellen.

## Verwirrspiel um Nazi-Demo

**Eberswalde (bbp).** Die geplante Gegenwehr zur für den 25. August in Eberswalde geplanten AfD-Demo (BBP 7/2018) hat bei den Organisatoren offenbar chaotische Panikreaktionen ausgelöst. Angeblich soll die Demo nun vom Sonnabend auf den Sonntag (26.8.) und vom Markt auf den Bahnhofsvorplatz verschoben worden sein. Die Veranstalter wollen trotz des Verwirrspiels 150 bis 200 Teilnehmer zusammenschicken. Die Nazi-Gegner haben sich auf die Änderungen eingestellt und rufen nunmehr zu einer Gegendemo am 26.8. um 13 Uhr auf. Als Sammelpunkt für die Gegendemonstranten ist der Busbahnhof oder, falls nicht möglich, das DGB-Gelände in der Grabowstraße 49 vorgesehen.

# Nie wieder Krieg!

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September

Am Antikriegstag gedenken die Gewerkschaften des Grauens und des unermesslichen Leids der beiden Weltkriege, die über 80 Millionen Tote gefordert haben. Jährlich erinnern wir am 1. September daran, daß es dieser Tag war, an dem Nazi-Deutschland mit seinem Überfall auf Polen 1939 den Zweiten Weltkrieg entfacht hat.

Gerade in diesem Jahr haben wir besonderen Anlaß, den Antikriegstag als Tag des Mahnens vor den zerstörerischen Folgen von besinnungslosem Nationalismus und Faschismus zu begehen. Denn 2018 jährt sich das Ende des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal.

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Das ist die unumstößliche Lehre, die wir Gewerkschaften aus den Weltkriegsschrecken des 20. Jahrhunderts gezogen haben. Dazu bekennen wir uns. Dafür steht die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Europa und weltweit!

Unser Eintreten für Frieden, Demokratie und Freiheit ist wichtiger denn je. Die internationale Nachkriegsordnung ist aus den Fugen geraten. Die Hoffnung, daß das Ende des Kalten Krieges ein Zeitalter der Entspannung einläuten würde, hat sich als Illusion erwiesen. Das Risiko von militärischen Auseinandersetzungen ist so groß wie seit 1989 nicht mehr. Rund um den Globus toben mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte. Auch die nukleare Bedrohung hat eher zugenommen. Die USA und Rußland modernisieren ihre Atomwaffenarsenale. Nuklearmächte wie China, Nordkorea, Indien und Pakistan tragen dazu bei, daß wir erneut ein nukleares Wettrüsten erleben. US-Präsident Trump kündigt einseitig das internationale Atomabkommen mit dem Iran auf. Und doch weigert sich die deutsche Bundesregierung weiterhin, den von über 120 Staaten beschlossenen UN-Vertrag über ein Atomwaffenverbot mitzutragen.

Das globale Erstarken von Nationalismus und Protektionismus, die Ausbreitung autoritärer, autokratischer und rechtspopulistischer Regime fördern die Entstehung einer neuen Weltunordnung. Wachsende Instabilität und die zunehmende Bereitschaft, die eigenen Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen, prägen das internationale Geschehen. Die Folge: Nie sind so viele Menschen auf der Flucht gewesen. Heute sind es weltweit 68,5 Millionen. Die meisten mußten ihre Heimat verlassen, weil dort Krieg oder Bürgerkrieg herrscht.

Nichts zeigt deutlicher: Waffengewalt und militärisches Hochrüsten lösen keine Probleme. Eine neue Aufrüstungsspirale ist die

falsche Antwort auf die veränderte Weltlage. Und doch sind die globalen Rüstungsausgaben mit über 1,7 Billionen US-Dollar so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.

## Dieser Wahnsinn muß ein Ende haben.

Deshalb lehnen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften das NATO-Ziel ab, die Rüstungsausgaben der Bündnispartner auf zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Für die Staaten Europas würde dies bedeuten, daß ihre Militäretats von 500 Milliarden Euro auf 800 Milliarden anwachsen. Auch Deutschland müßte seine Rüstungsausgaben fast verdoppeln.

Zwei Prozent des BIP für den Rüstungsetat – das wären alleine in Deutschland weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen würden: für Investitionen in Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine gerechte und ökologische Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende, für eine bessere Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit.

Vor diesem Hintergrund fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die deutsche Bundesregierung dazu auf, endlich zuzudenken und mit ihren EU-Partnern eine gemeinsame europäische Strategie der friedenssichernden Konflikt- und Krisenprävention zu erarbeiten. Statt die Verteidigungsausgaben massiv aufzustocken, muß eine solche zivile Strategie der Friedenssicherung bei den Ursachen von Kriegen und bewaffneten Konflikten ansetzen. In ihrem Mittelpunkt müssen die Ziele einer fairen Gestaltung der Globalisierung und einer gerechteren Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte stehen.

Überdies fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine stärkere und bessere Kontrolle von Waffenexporten. Wir lehnen Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische und autokratische Regime grundsätzlich ab.

Stattdessen treten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für eine Politik der Abrüstung und Rüstungskonversion ein. Wir unterstützen deshalb die friedenspolitische Initiative »Abrüsten statt Aufrüsten« und rufen anläßlich des Antikriegstags öffentlich dazu auf, die Petition dieser Initiative gegen das Zwei-Prozent-Ziel der Bundesregierung zu unterzeichnen (<https://abruesten.jetzt/>).

## NIE WIEDER KRIEG! ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN!

Verantwortlich: DGB Bundesvorstand,  
Konrad Klingenburg, Berlin

## Gemeinsam für Frieden

Das Bündnis für den Frieden Eberswalde organisiert auch in diesem Jahr am 1. September eine Veranstaltung für den Frieden auf dem Eberswalder Marktplatz. Mehrere günstige Umstände tragen dazu bei, daß das Programm diesmal vielfältiger sein wird als in den Jahren zuvor. Das Team von »Guten Morgen Eberswalde« war bereit, gemeinsame Sache mit uns zu machen und das Friedensbündnis professionell zu unterstützen. Auch der beliebte Chor IWUSCHKA sicherte erfreulicherweise seine Teilnahme zu. Große Unterstützung erhalten wir aus dem Örtchen Britz. Die langjährige Direktorin der Schule dort war sofort begeistert und sicherte nach Rücksprache mit ihrer sehr engagierten Musiklehrerin das Mitwirken eines kleinen Schülerchores zu. Sie meinte sehr nachdenklich: Ja, wir dürfen die Friedensfrage im Unterricht niemals vernachlässigen.

Die Friedenstaube ist ein Symbol, das am 1. September nicht fehlen soll. Es war nicht leicht, einen Taubenzüchter zu finden. In Britz-Dorf allerdings gibt es so einen tollen Gleichgesinnten, der in der Friedensfrage seinen Beitrag leisten möchte.

Aber das ist längst noch nicht alles. Friedensakteure aus verschiedenen Organisationen und Parteien werden wieder bereit sein, an ihren Ständen Informationen herauszugeben, die in der Medien-Öffentlichkeit nicht gerne bekannt gegeben werden, nämlich unbequeme Wahrheiten. Das Eberswalder Friedensbündnis tritt konsequent dafür ein, daß Konflikte nicht gegeneinander, sondern friedlich miteinander gelöst werden sollten. Egal worum es geht! Wir sind gegen heiße militärische Gewalt genauso wie gegen kalte und heiße Wirtschaftskriege. Da die Gewaltspirale jedoch in jüngster Zeit rasant nach oben geschraubt wird, auch durch deutsche Kriegstreiber, protestieren wir dagegen und fordern »Abrüsten statt Aufrüsten«.

Wir wünschen uns sehr, daß immer mehr Menschen aufmerksam werden und unsere Aktivitäten nicht ignorieren oder gar belächeln, sondern sich uns anschließen und mit uns GESICHT zeigen!

Dabei geht es nicht darum, daß sich einzelne Personen mittels Friedenskampf als große Helden feiern lassen möchten oder Parteien im Hinblick auf die nächsten Wahlen bereits auf Stimmenfang gehen. Nein, es geht darum, gemeinsam Akzente zu setzen. Je mehr Menschen das tun, umso stärker wird die Friedensbewegung. Demokratische Rechte kann man verkümmern lassen oder wahrnehmen und verstärken. In der Demokratie (Volksherrschaft) geht es darum, Mehrheiten zu gewinnen. Die Mehrheit entscheidet und nicht der kleine Marionettenklüngel der Großindustriellen, der Reichen und Schönen! Laßt uns Mehrheiten für den Frieden gewinnen! Wir sehen uns am 1. September um 10 Uhr auf dem Eberswalder Marktplatz!

ECKHARD LAURICH 3

# Jetzt aktiv werden! Droht ein neuer Golfkrieg?

*Wenn Bomben fallen, ist es zu spät.*

Nein, das darf sich nie wiederholen. 73 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges werden die Zeugen immer weniger, die die Kriegsgruel noch selbst erlebten, die noch mit eigenen Augen die zu Trümmerwüsten zerbombten deutschen Städte sahen. Ob Dresden, Bremen, Halberstadt, Magdeburg oder Berlin, es war zu viel. Noch heute werden bei Bauarbeiten in den bombardierten Städten immer wieder Blindgänger gefunden.

Nein, so etwas darf sich nie wiederholen.

Wir müssen unsere ganze Kraft einsetzen für die Erhaltung des Friedens. Wenn sich die friedliebenden Völker zusammenschließen, wird der Frieden für immer erhalten bleiben.

NORBERT GLASKE

## Bis zum Lebensende!

Nun werde ich bald 95 Jahre alt sein. Ich habe immer versucht, meine Kinder und Mitmenschen vor Gefahren zu warnen und beschützen.

Heute ist die Gefahr für die Menschheit schlimmer als je zuvor. Und die Rüstungsbosse mit ihren Spießgesellen, Kriegshetzern und Kriegstreibern, den Macht- und Geldgierigen, Militaristen und Faschisten, planen milliardenschwere Vorbereitungen für den Krieg, mit modernsten Mordwaffen. Die NATO spielt dabei die besondere Rolle.

Wenn dies alles in schlaflosen Nächten durch meinen Kopf geht, dann erkenne ich, ich darf meine Zeit nicht verplempern. Der Kampf gegen Krieg und Unterdrückung der Völker braucht die Kraft aller friedlichen Menschen der Welt. Niemand ist überflüssig, alle – junge und alte – werden gebraucht für die gemeinsame Front im Kampf für eine friedliche Welt.

Krieg wird von Menschen gemacht, also warten wir nicht auf die »Götter«, sondern nehmen den Kampf gegen den Krieg in unsere Hände. Als die rote Oma bleib ich dabei – bis zum Lebensende.

ELISABETH MONSIG, geb. 1924

## Tag und Nacht

*Aufrüstung und Kriegsgefahr!*

*Wer spürt sie nicht?*

*Dagegen Friedensbewegung als Widerstand!*

*Die Friedensbewegung muß stärker werden.*

*Die Friedensbewegung muß lauter werden,*

*Daß man sie überall hört!*

*Die Friedensbewegung muß sichtbar sein,*

*Mit Hilfe der Friedenstaube.*

*Tag und Nacht*

*Denkt die rote Oma darüber nach,*

*Die nie wieder Krieg erleben will*

*Und ihre Mitmenschen*

*Vor Krieg bewahren möchte!*

ELISABETH MONSIG

*Iran ist im Visier – doch als eigentliches Ziel gilt China*

Bahnt sich am Persischen Golf ein neuer Krieg an? Die Säbel rasseln bereits heftig. Insbesondere die engen US-Verbündeten Saudi-Arabien und Israel tun sich dabei mit unverhohlenen Drohungen gegen den Iran hervor. In Jemen wütet schon viele Jahre der »Stellvertreterkrieg«, wobei die – nicht zuletzt durch deutsche Waffenlieferungen – hochgerüsteten Streitkräfte der Saudis und ihrer Verbündeten (insbesondere die Vereinigten Arabischen Emirate, die allerdings sowohl in Jemen als auch gegenüber Iran eigene Sonderinteressen verfolgen) wenig erfolgreich gegen die vom Iran unterstützten jemenitischen Huthi-Milizen agieren. Scharf geschossen wird in diesem Konflikt auch in Syrien, wo es sich Israel unter Mißachtung des Völkerrechts kraft der eigenen militärischen Macht vorbehält, iranische Militärberater oder mit dem Iran verbundene libanesische Hisbollah-Milizen, die Syrien im Kampf gegen den IS unterstützen, nach Belieben zu bombardieren.

Mit den aktuellen US-Sanktionen verschärft sich die Situation. Die EU-Unternehmen, die sich nach der Lockerung der Blockade schon auf wachsende Geschäfte freuen, üben sich mittlerweile reihenweise in der Flucht aus dem Iran, um ihren Handel mit den USA nicht zu gefährden. Damit scheitern zugleich die Bemühungen von EU und BRD um eine eigenständige Mittelostpolitik.

Im Gegenzug zur westlichen Blockade dürfte hingegen China seine Marktdominanz im Iran weiter ausbauen. Sowohl im Handel (24,6 % des Imports, 30,2 % des Exports<sup>1</sup>) als auch hinsichtlich des Kapitalexports (allein 8,5 Milliarden Dollar durch die China Exim Bank<sup>2</sup>) ist China bereits jetzt der größte Partner Irans.

Das wollen weder BRD und EU noch die USA. Letztere verfolgt gemeinsam mit Saudi-Arabien das Ziel, in Iran eine kollaborationswillige prowestliche Regierung an die Macht zu bringen. Gelingt dies nicht durch eine weitere »orangene Revolution«, was als unwahrscheinlich gilt, dann »werden die USA voraussichtlich Präventivschläge gegen den Iran durchführen«.

Das wird zumindest in einer aktuellen Analyse der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) vermutet.<sup>3</sup> Ziel seien nicht nur die unterstellten iranischen Nuklearkoptionen und den Regionalmachtambitionen des größten und bevölkerungsreichsten Landes am Golf. »Militärschläge würden Instabilität fördern in einer Region, die weit weg von den USA ist«, heißt es in der Analyse. »Ein Krieg würde es dem Rivalen China erschweren, dringend benötigte Rohstoffe aus dieser Region zu beziehen und weiteren Einfluß zu gewinnen.«

Illusionär sei es, von Rußland mehr als verbale Proteste bei einem möglichen Krieg gegen den Iran zu erwarten. Die russische Wirtschaft sei von Öl- und Gasexporten abhängig und

dringend auf steigende Ölpreise angewiesen. Die wären eine direkte Folge eines kriegerischen Konflikts am Golf. Der DGAP-Experte hält zudem für möglich, daß Saudi-Arabien als Erzfeind Irans ein russisches Stillhalten mit finanziellen Anreizen schmackhaft machen könnte. Zugleich hat sich in der Trump-Administration in jüngster Zeit der Einfluß der Falken deutlich verstärkt.

»Darüber hinaus gibt es auch innenpolitische Gründe für eine militärische Option: Der damit verursachte Preis-Effekt würde auch von US-Shale-Gas-Produzenten begrüßt, die wegen hoher Produktionskosten und drückender Finanzierungslasten bereits in ihrer Existenz bedroht sind.« Durch die hohe Verschuldung der US-Öl- und Gasindustrie (2,5 Billionen Dollar) könnten Konkurrenz sogar das US-Finanz- und Wirtschaftssystem insgesamt gefährden. Einen weiteren innenpolitischen Grund für ein militärisches Abenteuer sieht die DGAP in den anstehenden Kongreßwahlen im November, bei denen es gilt, drohende Mehrheiten der konkurrierenden Demokraten zu vermeiden.

»Politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger in Deutschland und Europa sollten sich darauf einstellen«, schlußfolgert die DGAP, »daß notfalls militärische Präventivschläge gegen den Iran unter anderem auch verhindern können, daß China einmal mehr Nutznießer westlicher Sanktionen ist«. Zugleich wird eine Lockerung der Sanktionen gegen Rußland für möglich gehalten, »in dem Maße, (wie) die angeschlagene Weltmacht USA ... Rußland benötigt, um die andere, aufsteigende Großmacht China einzudämmen«.

Die Gefahr ist groß, daß das »Säbelrasseln« am Persischen Golf bald in einen neuen Krieg führt. Ob Rußland sich tatsächlich die Rolle des »Stillhalters« zuweisen läßt, wie die DGAP spekuliert, darf allerdings durchaus bezweifelt werden. Zumal die Ölpreise allein wegen der Sanktionsdrohungen in die Höhe schießen.

Der Krieg in Syrien hat gezeigt, daß inzwischen der Weltgendarm hinterm Großen Teich keineswegs mehr so agieren kann, wie noch vor einem Jahrzehnt. Ein destabilisierter und vom Westen abhängiger Iran an der Südflanke Rußlands gehört gewiß nicht zu den Wunschszenarien der Verantwortlichen im Kreml. Zeitgleich haben die Chinesen in den vergangenen Jahren immer wieder bewiesen, wie erfolgreich sie ohne Militärinterventionen agieren können. Man sollte auch nicht die Rolle Chinas als größter Gläubiger der USA vergessen.

GERD MARKMANN

1 – Eine neue Ära in Mittelost (III). Germanforeign-policy.com, 16.10.2015

2 – Manfred Tilz: China baut dominante Position in Iran weiter aus. gtai.de 26.06.2018.

3 – Josef Braml: Rußland auf Partnersuche im Osten: US-Sanktionen verfehlen ihr Ziel. DGAP-kompakt Nr. 13., 19.07.2018.

Stadtradeln 2018:

## »Vorjahresergebnis deutlich übertroffen«

Stadtverwaltung feiert sich selbst – Kritik der BI RADWEGE IN EBERSWALDE

**Eberswalde (bbp).** »Das Ergebnis beim Stadtradeln 2018 in Eberswalde kann sich sehen lassen«, heißt es in einer Pressemitteilung der Eberswalder Stadtverwaltung. »78.587 Kilometer sind die Eberswalderinnen und Eberswalder geradelt und haben damit das Vorjahresergebnis um mehr als 22.000 Kilometer übertroffen.« Insgesamt registrierten 487 Radelnde in 37 Teams im Rahmen der Aktion drei Wochen lang ihre mit dem Rad zurückgelegten Kilometer.

Die Aussage des Eberswalder Klimaschutzmanagers Jacob Renner, »durch die umweltfreundliche Art der Mobilität wurde der Ausstoß von 11.159 Kilogramm CO<sub>2</sub> vermieden«, löst indes einige Verwunderung aus. Denn die Teilnehmer am Stadtradeln legen ihre Fahrstrecken ja auch außerhalb solcher Aktionen nicht mit dem Auto zurück. Manche Radtouren wurden auch extra für das Stadtradeln veranstaltet. Insoweit haben die Teilnehmer auch nicht wie angegeben »6.941 Euro Diesel- oder 9.188 Euro Benzinkosten eingespart«.

»Mit solchen Vergleichen«, sagt Dr. Ulrich Pofahl von der Bürgerinitiative Radwege in Eberswalde, »werden die Menschen für dumm verkauft«. Die Baudezernentin Anne Fellner behauptet: »Das gute Stadtradeln-Ergebnis zeigt, daß unsere Investitionen in die Radverkehrsinfra-

struktur gut angelegtes Geld sind«. Dabei verschweigt sie, so Dr. Pofahl weiter, daß die für den Ausbau und die Instandhaltung von Radwegen bereitgestellten Gelder in der Stadt Eberswalde völlig unzureichend sind. »Wir haben bereits im Dezember vergangenen Jahres gefordert, das jährliche Budget für Radwege auf mindestens 250.000 Euro zu erhöhen.« In ihrem Doppelhaushalt 2017/2018 hatte die Stadt Eberswalde lediglich 15.000 Euro Eigenmittel pro Jahr eingeplant. Zur Umsetzung der Maßnahmen des 2015 beschlossenen Radnutzungskonzepts hätten indes von 2016 bis 2030 jährlich 870.000 Euro, davon 420.000 Euro kommunale Eigenmittel, eingeplant werden müssen. »Wenn Frau Fellner von ihrer Motivation spricht, 'noch mehr für den Radverkehr in Eberswalde zu tun', dann kann man das angesichts der Tatsachen nur als pure Heuchelei empfinden. Mit Billigvarianten zulasten anderer Verkehrsteilnehmer wie in der Heegermühler Straße täuscht die Stadtverwaltung lediglich vor, daß sie etwas für den Radverkehr tut.« Dr. Pofahl ruft angesichts dessen dazu auf, mit einem spritzigen Endspurt die Zahl der Unterschriften für das »Bürgerbegehren zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße« noch einmal deutlich zu erhöhen.

Städtepartnerschaft Eberswalde – Gorzów:

## Eberswalder Bürgermeister macht mit

**Eberswalde (prest-ew).** Die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Städten Eberswalde und Gorzów sollen intensiviert werden. Zum Auftakt fand im Frühjahr ein Workshop mit Vertretern beider Städte in Eberswalde statt.

Die Städte Gorzów und Eberswalde verbindet eine 17-jährige Partnerschaft, die offiziell am 19. Juni 2001 geschlossen wurde. In den vergangenen Jahren wurde die Partnerschaft vor allem durch die Verbindung zwischen dem Brandenburgischen Seniorenverband Eberswalde und dem Gorzówer Kulturzentrum, allen voran mit den Chören »Wrzosy« und »Jedynka«, getragen. Die Institutionen besuchten sich jedes Jahr, tauschten Erfahrungen aus und vertieften so ihre Kontakte. Mit der Auflösung des Seniorenverbandes sind nun neue Wege nötig.

»Der Stadtpräsident von Gorzów, Jacek Wójcicki, und ich haben uns vor zwei Jahren kennengelernt. Während unserer vergangenen Treffen hatten wir vereinbart, unsere Partnerschaft zu vertiefen und eine neue Basis zu entwickeln. Deshalb habe ich mich sehr gefreut, daß nun verschiedene Fachleute beider Städte aus den Bereichen Kultur und Bildung zum Netzwerken zusammen gefunden haben«, so Eberswaldes Bürgermeister Friedhelm Boginski. Es wurden Ideen entwickelt und erste Vereinbarungen getroffen.

Da es in beiden Städten Bekanntmachungsblätter und Kulturkalender gibt, sollen zukünftig Termine größerer Veranstaltungen ausgetauscht werden. Zudem wollen beide Städte ihren Bürgern die jeweilige Partnerstadt besser vorstellen. Im Bereich Sport gibt es erste Ideen, zum Beispiel wollen die Gorzówer an großen sportlichen Ereignissen in Eberswalde wie dem Finow Cup oder dem Stadtlaf teilnehmen. Und auch Eberswalde wird Teams nach Gorzów entsenden, wenn dort besondere sportliche Höhepunkte stattfinden.

Während des Workshops haben auch die Bibliotheksleiter beider Städte Ideen entwickelt. »In unseren Bibliotheken sollen Schaufenster der Partnerstädte entstehen und wir wollen landestypische Literatur austauschen«, so Sabine Bolte. Auf besonders großes Interesse stieß der Eberswalder Zoo, da es in Gorzów und Umgebung keine derartige Einrichtung gibt. Zoodirektor Dr. Bernd Hensch stellte den Gästen aus Gorzów seine Einrichtung im Rahmen einer Führung vor. Die Partnerstadt soll zukünftig über Zoohighlights informiert werden. »Der Workshop war ein guter Anfang. Viele Ideen wie im Bereich Klimaschutz oder Jugendarbeit müssen sorgfältig durchdacht werden. Erste Ideen wurden entwickelt und wollen weiter bearbeitet werden«, so Eberswaldes Bürgermeister.

## Bürokratie oder Irreführung?

Wenn ich als Eberswalder Bürger die letzten Veröffentlichungen zum Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße lese, ergeben sich für mich sehr berechtigte Fragen an die verantwortliche Baudezernentin ANNE FELLNER, an deren öffentlichen Beantwortung sicher nicht nur ich interessiert wäre:

Warum wird erst nach der Errichtung dieses Radschutzstreifens ein Gutachten eingefordert und nicht vorher, was nach meiner Ansicht nicht nur rechtlich, sondern auch nach dem gesunden Menschenverstand notwendig gewesen wäre?

Warum braucht man ein Jahr zur Ausarbeitung eines solchen Dokumentes, an dem die Öffentlichkeit sehr interessiert ist?

Warum braucht man mindestens weitere fünf Monate, um einen Standpunkt dazu abzugeben? Sollte etwa nachträglich geklärt werden, was den Auftraggebern nicht gefällt, um es öffentlich zu machen?

Für mich ergibt sich eine grundsätzliche Frage, die über den Rahmen eines Radschutzstreifens hinausgeht: Ist das alles ausufernde Bürokratie oder eine Verschleppung und Irreführung der Öffentlichkeit?

Dr. HELMUT KOCH

## Mehr Sicherheit im Verkehr

Die Bernauer Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler hat einen Antrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in Ladeburg eingereicht. Wiederholt hatten sich Anwohner der Straße An der Plantage und der einmündenden Straßen beschwert, weil zu viele Verkehrsteilnehmer weder das vorgegebene Tempo 30 noch die Einmündungen beachten. Es kommt zu vielen Beinahe-Unfällen, die zur Verunsicherung von Fußgängern, Radfahrern und rücksichtsvollen Fahrzeugführern führen. Die Straße wird von vielen Kindern der Siedlung als Weg zur Schule bzw. zum Bus genutzt. In den letzten Wochen wurden mehrere Tiere überfahren. Eine Tafel, die die gefahrene Geschwindigkeit anzeigt und eigentlich zur Sensibilisierung dienen sollte, wurde leider mitunter eher als Meßtafel für Geschwindigkeitsrennen genutzt. Da die bisherigen Maßnahmen zu keinem besseren Verhalten geführt haben, sind weitere Schritte zu ergreifen.

Deswegen beantragt unsere Fraktion, daß die Stadtverwaltung verschiedene Schritte ergreift bzw. prüft. So sollen Piktogramme mit dem Hinweis auf Tempo 30 an mehreren Stellen der Fahrbahn aufgebracht werden. Zugleich soll die Polizei beauftragt werden, Messungen durchzuführen – und zwar nicht wie in früheren Fällen von weitem sichtbar, sondern von einem durch einen Anlieger bereit gestellten Grundstück. Zugleich soll das Tempo-30-Schild sichtbarer plaziert werden.

Wir hoffen, daß durch diese Schritte ein Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit an dieser schwierigen Stelle geleistet wird. Lesen Sie den Antrag in der Anlage. JÖRG ARNOLD

## Kreistag in Bernau

**Bernau (bbp).** Mit Blick auf den Amtsantritt des neuen Landrats DANIEL KURTH fordern die Kreistagsabgeordneten THOMAS STRESE und PÉTER VIDA (BVB/Freie Wähler), daß Kreistagsitzungen zukünftig auch in Bernau stattfinden. Angesichts des Bevölkerungsschwerpunktes im Niederbarnim könne so ein Zeichen der gesamtkreislichen Zusammengehörigkeit gesetzt werden. »Man kann davon ausgehen«, so die beiden, »daß auch in Bernau und Umgebung zahlreiche Bürger leben, die die Kreistagsitzungen verfolgen und Anfragen stellen wollen. Angesichts des Beginns um 17 Uhr in Eberswalde ist dies für Berufstätige aus den südlichen Barnimer Städten und Gemeinden oft nicht machbar.« Zudem gelte es zu dokumentieren, daß »eine gleichwertige Berücksichtigung aller Gebiete des Landkreises erfolgt«. Dies sei ein Versprechen des neuen Landrates. Die Fraktion BVB/Freie Wähler schlägt vor, ab sofort mindestens einmal im Jahr den Kreistag in Bernau tagen zu lassen und damit gleich nach der Sommerpause zu beginnen.

**Wanderkino im Skulpturengarten, 23.8., 20 Uhr**  
Stummfilmklassiker mit virtuoser Musikbegleitung durch Gunthard Stephan an der Violine und Tobias Rank am Piano. Diesmal sind es die Filme »The Wacky World of Mack Sennett« (Die irre Welt des Mack Sennett, 1914) von Mack Sennett, »Schachfieber« (1923) von Wsewolod Pudowkin und »Shoulder Arms« (Gewehr über, 1918) von Charlie Chaplin. Eintritt 8 €, erm. 5 €.  
GISBERT AMM, [www.heidekrug.org](http://www.heidekrug.org)

Neueste INSA-Umfrage:

## BVB/Freie Wähler bei 4 %

**Die aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA sieht BVB/Freie Wähler bei der Sonntagsfrage zur Landtagswahl in Brandenburg bei 4 Prozent. Das ist der beste jemals gemessene Wert.**

Damit zeigt sich ein Jahr vor der Wahl: Wir können den Einzug in den Landtag sogar in Fraktionsstärke schaffen. Die 4 Prozent sind ein massiver Ansporn für die Bürgerbewegung, zeigen sie doch, daß die inhaltliche Schwerpunktsetzung der letzten Monate richtig war.

Natürlich ist es noch ein schwerer Weg bis zur Landtagswahl im September 2019 und aus 4 Prozent müssen erstmal 5 Prozent werden. Aber unsere Wahlkampfstrategie ist darauf ausgerichtet: Mit bekannten, gestandenen Personen in der Kommunalpolitik punkten und Inhalte aus den Gemeinden ins Land tragen. Dabei soll die Kommunalwahl im Mai 2019 zusätzliche Rückenwind geben.

Auf jeden Fall sind die 5 Prozent nunmehr ein absolut machbares Ziel. Wichtig wird sein, die richtigen programmatischen Akzente zu setzen. Zentraler Punkt wird neben der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge der Stopp weiterer Windkraftausbaus sowie die stärkere infrastrukturelle Förderung des ländlichen Raumes sein.

PÉTER VIDA

## »Freie Flüchtlingsstädte«

**Eberswalde (bbp).** Anfang Juni diskutierten hilfsbereite Menschen im »Schöpfwerk« in Westend über das Bürger-Asyl als Alternative zum bekannten Kirchenasyl (BBP 5/2018).

Ähnliche Hilfen für von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge gab es in Westdeutschland schon in den 1980er Jahren. Die damalige Idee der »Freien Flüchtlingsstädte« weist auffallende Parallelen zu den aktuellen Kampagnen für solidarity city und Bürger-Asyle auf. Auch damals war es von den sanctuary cities in den USA angeregt. Die damalige Kritik an den Hetzkampagnen gegen Geflüchtete klingt wie aktuell. Auszug (aus taz zum Thema vom 4.9.1986): »In einem zornigen Aufruf erläutern sie [die Initia-

tive in Bremen] den Hintergrund ihrer Aktion. Über die »neueste Hetzkampagne gegen Flüchtlinge«, einen Bundestagswahlkampf, der »völkisch/national geführt« werde und »lügnerische Zahlendiskussionen« der Politiker will die Initiative nicht nur klagen, sondern in »praktischer Solidarität« das Grundrecht auf Asyl verteidigen. Da nicht damit gerechnet werden kann, daß der Bremer Senat in absehbarer Zeit dem Vorbild der US-amerikanischen Städte Los Angeles, San Francisco und Seattle folgt und von sich aus den Schutz von Flüchtlingen vor Abschiebungen in dieser Stadt beschließt, wirbt die Initiative für »Partnerschaften« zwischen Deutschen und Asylbewerbern....« ([www.taz.de/Archiv/11878199](http://www.taz.de/Archiv/11878199)).

Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße:

## Gut angenommen?

Behauptungen im Eberswalder Amtsblatt sind nicht durch Daten belegt

Im Amtsblatt Nr. 7/2018 vom 18. Juli hatte JACOB RENNER, Sachbearbeiter für Klimaschutz und Energie im Eberswalder Stadtentwicklungsamt, einen umfangreichen Beitrag zum Thema Radverkehr in Eberswalde veröffentlichen dürfen. Beginnend mit der Erfindung des Fahrrades vor 200 Jahren über die unzureichende Förderung des Radverkehrs zu DDR-Zeiten und den Zustandsberichten der Verkehrsentwicklungspläne von 1994 und 2008 kam seine Erzählung schließlich zu den Erfolgen im Radwegeausbau seit 2009 – also in der Zeit nach den Amtsantritten von Bürgermeister Friedhelm Boginski und der Baudezernentin Anne Fellner. Diese gipfelten 2015 in dem »in einem breiten Beteiligungsprozeß entwickelten Radnutzungskonzept (RNK)«. Als »jüngsten Erfolg für den Radverkehr« vermerkt Renner »die Veränderungen an der Kreuzung Friedensbrücke/Breite Straße«, wo im Kreuzungsbereich Radwege und im südlichen Teil Schutzstreifen angelegt wurden. Damit sei »wieder ein Mosaikstein bei der Schaffung von durchgehenden und vor allem sicheren Radwegerverbindungen in Eberswalde hinzugefügt« worden (siehe hierzu: »2,30 Meter für Schwerlastler« in BBP 7/2018).

Zuvor erwähnte Renner auch die Heegermühler Straße, die »ihren anfangs umstrittenen, aber mittlerweile sehr gut angenommenen Schutzstreifen« erhalten habe. Die Behauptung, der Radstreifen sei »gut angenommen« veranlaßte die Bürgerinitiative RADWEGE IN EBERSWALDE zur Nachfrage. Diese Aussage widerspricht nicht nur den Beobachtungen der Bürgerinitiative (BBP 8 und 9/2017), sondern auch den Verkehrszählungen der Stadtverwaltung im September 2017 (BBP 1/2018). Letztere ergaben im Schnitt 400 Radfahrer pro Tag (ohne Gehwegnutzung), mithin eine Halbierung im Vergleich zu 1994. Der Klimaschutzbeauftragte wurde daher gefragt, ob ihm inzwischen neuere Zahlen vorliegen.

Wegen Urlaub antwortete Jacob Renner erst Mitte August. Er machte klar: »Meine Aussage habe ich auf Grundlage der Verkehrszählung im Herbst 2017 getroffen. Schon damals fuhrten 73 % der Radfahrenden auf dem Schutzstreifen. Regelmäßige Beobachtungen von Stadt, Polizei und Landesbetrieb Straßenwesen belegen die verbesserte Sicherheit und Funktionalität der Straßenraumgestaltung in der Heegermühler Straße.«

Damit ist klar, dem Klimaschutzbeauftragten liegen keine neuen Zahlen vor. Diese Daten beruhen zudem auf einer einzigen einstündigen manuellen Zählung am 21. September. Bei den drei ebenfalls einstündigen Zählungen der Bürgerinitiative lag der Schutzstreifenanteil zwischen 50 und 86 % auf der Nordseite und zwischen 24 und 72 % auf der Südseite. Offen bleibt, wie »regelmäßige Beobachtungen«, die wohl kaum protokolliert werden, eine »verbesserte Sicherheit und Funktionalität der Straßenraumgestaltung« belegen können. Nach welchen Kriterien werden »Sicherheit und Funktionalität« gemessen?

Im Fahralltag bemerkt man jedenfalls nichts von einer Verbesserung. Im Gegenteil, nach wie vor kommt es bei leicht stärkerem Verkehrsaufkommen zu Rückstaus und oftmals zu chaotischen Zuständen (insbesondere fehlende Sicherheitsabstände und mangelnde Umsetzung des Rechtsfahrgebots) durch die Zusammendrängung des Verkehrs auf eine Fahrspur je Richtung. Insbesondere die Staus mit Stop & Go dürften auch kaum als Beitrag zum Klimaschutz zu werten sein.

Auf den Hinweis, daß laut Verkehrsentwicklungsplan 2008 die Maßnahme in der Heegermühler Straße erst vorgesehen war, wenn infolge der Umgehungsstraße B167neu oder einer vergleichbaren Umgehung der Verkehr in der Heegermühler Straße merklich nachgelassen hat, antwortete Renner im übrigen gar nicht.

GERD MARKMANN

Behindertenverband Kreis Eberswalde e. V.:

## Gemeinsam etwas erleben

Seit Januar 1990 gibt es den Behindertenverband Kreis Eberswalde e.V. Wie aus dem Namen schon zu ersehen ist, fand die Gründung zu einem Zeitpunkt stand, als noch der Altkreis Eberswalde existierte. Damals machten rund 70 Menschen mit und ohne Behinderung bei uns mit. Heute gehören noch 45 Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Alter von Mitte 20 bis weit über 90 Jahren zu unserer Selbsthilfegemeinschaft. Inzwischen finden immer mehr ältere Menschen den Weg zu uns, um der häuslichen Einsamkeit zu entfliehen. Dazu müssen sie nicht Mitglied unseres Vereins sein.



In gemütlicher Runde beim Picknick an der Zainhammer Mühle.

Foto: BHV

Unser erstes Domizil fanden wir in der Drehnitzstraße. Inzwischen sind wir seit fast zwanzig Jahren im Stadtteil Finow in der Schönholzer Straße 12, im Waldhaus («Waldhäuschen») der Bildungseinrichtung Buckow zu Hause. Der Behindertenverband ist auch Träger der Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfe. Hier steht Frau PETRA MAY interessierten Bürgern und Selbsthilfegruppen dienstags von 9-12 Uhr und donnerstags von 13-16 Uhr mit Rat und Hilfe zur Verfügung. Ehrenamtliche Mitglieder des Vorstands sind zur gleichen Zeit anwesend und somit Ansprechpartner für alle Fragen und Probleme rund um das Thema Behinderung sowie zu Aktivitäten des Verbandes.

Neben unseren Beratungen im Büro bieten wir alle 14 Tage, fast immer mittwochs in der Zeit von 14-16 Uhr, Veranstaltungen an. Da wir auch über einen Kleinbus verfügen, sind wir nicht nur auf Räumlichkeiten im und rund um das «Waldhäuschen» angewiesen, sondern unternehmen auch Ausfahrten in die »Nähe und Ferne«. Fast alle »behindertengerechten/behindertenfreundlichen« Lokalitäten im Umkreis von circa 50 km haben wir schon in Augenschein genommen. So fuhren wir zur »Deko-Scheune« und zur Köhlerei in Bad Freienwalde, zum Naturfreundehaus am Üdersee, ins Landhotel Trampe, zum »Spitzkrug« in Tiefensee oder zum Eisessen nach Ruhlsdorf, um nur einige Ziele zu nennen. Gern sind wir auch im Café »Venezia« oder zum gemeinsamen späten Frühstück bei »Märkisch Edel« in der Angermünder Straße zu Gast. Ganz besonderes beliebt ist unser Grillfest. Seit einigen Jahren dürfen wir in der Marktscheune der Bildungseinrichtung Buckow e.V. diese Veranstaltung durchführen. Die Landfleischerei Buckow borgt uns dafür ihren großen Grill aus und die

Bratwürste gibt es als Spende obendrauf. Dafür beiden Einrichtungen ganz herzlichen Dank!

Neben diesen kulinarischen Aktivitäten stehen auch Spielenachmittage, Lichtbildvorträge von Urlaubsreisen, Beratungen und Schulungen von Apotheken, Versicherungen oder Sanitätshäusern auf dem Programm. Besonderen Kontakt halten wir zur BBG und versuchen, jährlich eine gemeinsame Veranstaltung durchzuführen, bei der Busfahrer und Nutzer von Rollstühlen und Rollatoren ihre Erfahrungen austauschen.

Jeweils zu Beginn eines Quartals bekommen unsere Mitglieder und weitere an den Veranstaltungen Interessierte einen Infobrief, in dem neben aktuellen (behindertenpolitischen) Informationen auch die 14-tägigen Aktivitäten aufgeführt werden. Da zur Zeit das Erdgeschoß im »Waldhäuschen« zu einer Tagespflegestätte umgebaut wird, können wir seit Mai die Räumlichkeiten hier nicht mehr nutzen. Deshalb dürfen wir übergangsweise in das Objekt der Bildungseinrichtung Buckow e.V. in der Spreewaldstraße 20/22 ausweichen. Die Durchführung der Veranstaltungen für das IV. Quartal ist somit abgesichert. Höhepunkt des Jahres wird sicher wieder unsere Weihnachtsfeier im Bonhoefferhaus im Brandenburgischen Viertel.

Falls auch Sie Interesse an unseren Treffen haben, sind Sie herzlich dazu eingeladen. Melden Sie sich telefonisch in unserem Büro zu den Sprechzeiten unter der Telefonnummer 03334/236020. Sie können auch eine Nachricht auf dem Anrufbeantworter hinterlassen und wir rufen Sie zurück. Sie können sich aber auch auf unserer Internetseite [www.bhv-eberswalde.de](http://www.bhv-eberswalde.de) über uns und unsere aktuellen Veranstaltungen informieren oder Sie schicken eine E-Mail an [bhv-eberswalde@telta.de](mailto:bhv-eberswalde@telta.de). Wir freuen uns auf Sie.

MARGIT LAUTERBACH

380kV-Freileitung:

## Planauslegung

Wie ein Gericht vorgeführt werden soll

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit seinem Urteil vom 21.1.2016 den Planfeststellungsbeschuß für die von 50 Hertz beantragte 380kV-Freileitung als rechtswidrig und nicht vollziehbar erkannt. Der Baustopp, den die Kläger (u.a. der NABU-Brandenburg) im Rechtsschutzverfahren beantragt hatten, greift bis heute und so lange, bis ein neuer rechtsültiger Planfeststellungsbeschuß ergeht.

Jetzt hat 50 Hertz ein Planergänzungsverfahren beantragt und das LBGR hat die Pläne in den Bauämtern öffentlich ausgelegt und im Netz veröffentlicht.

Es waren vor allem Verstöße gegen den Vogelschutz, die das Gericht zur Feststellung der Rechtswidrigkeit des Vorhabens veranlaßten. 50 Hertz räumte schon ein, daß es für manche Vögel in den europäischen Vogelschutzgebieten gewisse Risiken gebe, vertrat aber die Auffassung, daß diese durch den Rückbau der 220kV-Bestandsleitung ausgeglichen werden würden. Das Gericht hat diese Argumentation verworfen.

Nun legt 50 Hertz im Planergänzungsverfahren diese Argumentation erneut, allerdings in etwas abgewandelter Form vor. Diesmal wird nicht der Rückbau der 220kV-Leitung als Ganzes betrachtet, sondern jetzt werden jeweils Abschnitte betrachtet, die durch die Europäischen Schutzgebiete Schorfheide-Chorin bzw. Randow-Welsebruch führen.

Und abermals wird die Argumentation aufgetischt, daß die durch die Errichtung und den Betrieb der 380kV-Freileitung verursachten Vogelverluste, die von 50 Hertz durchaus eingeräumt werden, durch den Rückbau der 220kV-Freileitung ausgeglichen werden. Das grenzt schon an Mißachtung des Gerichts.

50 Hertz traut aber der eigenen Argumentation nicht und hat deshalb auch Unterlagen für eine Abweichungsprüfung eingereicht. Hier versucht 50 Hertz den Nachweis zu führen, daß es keine Alternative zu der vorgelegten Trassierung und technischen Ausführung der Leitung gibt.

Das ist eine kühne Behauptung, die im Beteiligungsverfahren widerlegt werden wird.

Das sicherste Verfahren zum Vogelschutz ist die Verwendung von Erdkabeln. Dagegen sträubt sich 50 Hertz seit Jahren. Deshalb die Neuauflage des alten Kartenspielertricks mit dem aus dem Ärmel gezogenen falschen Trumpf.

**Nicht über unsere Köpfe! Keine 380kV-Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!**

HARTMUT LINDNER

Gut Stolzenhagen · Gutshof 3 · 16248 Stolzenhagen  
 pizza cosmic, 24.8., 18 – 21 Uhr pizza + bar  
 21 Uhr open air: IUVENTA - der film  
 anschließend: fragen + diskutieren mit JUGEND  
 RETTET, SEA WATCH, MSF

Eine Gruppe junger engagierter Menschen gründet im Herbst 2015 in Berlin die Initiative JUGEND RETTET. Über eine Crowdfunding-Kampagne kaufen sie einen umgebauten Fischkutter und taufen ihn auf den Namen »Iuventa«. Im darauffolgenden Jahr startet ihr Schiff zu seiner ersten Mission und schließt sich den Schiffen verschiedener NGOs, der italienischen Küstenwache sowie der Marine an.

Nach fast zwei Jahren Einsatz und ca. 14.000 auf hoher See geretteter Menschen wurde im August 2017 das Schiff plötzlich beschlagnahmt und von den italienischen Behörden in Lampedusa festgesetzt. Seitdem kursiert u.a. der Vorwurf der Kooperation mit Schlepperbanden. Eine Anklage ist jedoch bis heute nicht erfolgt. Die bewegende Geschichte wurde von Regisseur Michele Cinque festgehalten. Über ein Jahr lang verfolgt der Film das Leben der jungen Protagonist\*innen, fängt die gesamte Spanne der Mission ein, beginnend mit dem Moment, in dem sie in See stechen und ihr unglaubliches Vorhaben wahr wird, bis zu dem Punkt, an dem dieser mit der politischen Realität kollidiert.

<http://www.iuventa-film.de/#trailer>  
<https://jugendrettet.org/de/>

**SEENOTRETTUNG IST KEIN VERBRECHEN**

## Seenotrettung ist kein Verbrechen

IUVENTA dokumentarfilm · 24.8. · greenlab · stolzenhagen

Auf dem Gut Stolzenhagen wird am Freitag, dem 24. August, um 21 Uhr der Dokumentarfilm über die »Iuventa« gezeigt ([www.iuventa-film.de/#trailer](http://www.iuventa-film.de/#trailer)). Das Schiff der Jugendorganisation JUGEND RETTET war bis vor kurzem im Mittelmeer zur Rettung von Menschen in Seenot unterwegs. Voraussichtlich wird jemand vom Team der Organisation da sein. Unkostenbeitrag 5 Euro für die Organisation (Überschüsse gehen an JUGEND RETTET).

Die Veranstaltung findet am Greenlab statt. Auf dem Gut gibt es Lagepläne, um sich zu recht zu finden. Parken bitte außerhalb des Gutes. Es gibt ausreichend Parkplätze nah dran. Eine Taschenlampe für den Rückweg ist sinnvoll. Vor dem Film gibt es ab 18 Uhr Gelegenheit, sich in der »pizza + bar« zu stärken und mit den Bewohnern des Gutes und anderen Besuchern ins Gespräch zu kommen.

SUZAN GÜRENCI

Der eigentliche BAMF-Skandal:

## Brandenburgs verheerende Asylotterie

**Auch die Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Eienhüttenstadt gehört zu den zehn Standorten, die aufgrund der vom Standard abweichenden Entscheidungen überprüft werden soll. Zurecht, denn in Brandenburg liegt die Anerkennungsquote bei Asylentscheidungen weit unter dem Bundesdurchschnitt, hiesige Quoten weichen zum Teil bis zu vierzig Prozent von diesem ab.**

Eine Verteilung nach Brandenburg bedeutet für viele Geflüchtete eine weit geringere Chance auf Schutz und Anerkennung ihrer Fluchtgründe. Das zeigen die Anerkennungszahlen des letzten Jahres im Vergleich zum Durchschnitt der Bundesländer: Afghanistan: 31,7% in Brandenburg/47,3% Bundesdurchschnitt, Iran: 16%/58,4%, Irak: 51,8%/ 64,4%, Somalia: 75,7%/83,1%, Türkei: 6,8%/29,9%.<sup>1</sup>

Das Recht auf ein faires Asylverfahren wird außerdem massiv eingeschränkt durch die fehlende Asylverfahrensberatung in der Erstaufnahmeeinrichtung in Brandenburg. Fehlende Beratung bedeutet für Schutzsuchende, daß sie Fluchtgründe im Rahmen des Asylverfahrens nicht in vollem Umfang geltend machen können sowie einen erschwerten Rechtsweg.

### Tempo statt Sorgfalt

Von der Politik angetrieben, wurde nach 2015 alles unternommen, um mit schnell angeworbenem und schlecht geschultem Personal bis zur Bundestagswahl ein Höchstmaß an Asylentscheidungen zu treffen. Deren Qualität war bis Herbst 2017 kein Thema. Gut bezahlte Unternehmensberatungsfirmen wurden engagiert, um die Abläufe zu optimieren. Im Vordergrund stand das Tempo. Genauigkeit und Sorgfalt der Entscheidungen, wie es für die Prüfung einer möglichen Grundrechtsgewährung angemessen ist, trat bundesweit in den Hintergrund. Dies hatte hunderttausende mangelhafte Asylentscheidungen zur Folge, was der eigentliche Skandal ist, über den kaum gesprochen wird.

### Gerichte als Korrektiv

Auch bundesweit sind die Schutzquoten 2017 im Vergleich zu 2016 drastisch gesunken, obwohl sich die Situation in den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge seit 2015 – wie etwa in Afghanistan – in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert hat.<sup>2</sup>

Dies ist zurückzuführen auf neue Vorgaben und Leitsätze der BAMF-Führung und letztlich des Bundesinnenministeriums. Die politisch motivierte, systematische Absenkung der Zahl positiver Entscheidungen durch eine Änderung der Anerkennungskriterien und die inakzeptable Fehlerquote bei negativen Entscheidungen werden in der einseitigen öffentlichen Debatte nicht thematisiert. Die hohe Erfolgsquote der Klagen vor den Verwaltungsgerichten zeigt die strukturellen Mängel bei den BAMF Entscheidungen.<sup>3</sup> Dabei folgte das BAMF offensichtlich der Devise: Unser Korrektiv sind die Verwaltungsgerichte – anstelle wirklicher Qualitätskontrolle im Hause selbst.

Ende 2017 waren über 370.000 Verfahren vor den Verwaltungsgerichten anhängig. 2017 hatten 40,8 Prozent der Klagen Erfolg (bereinigte Schutzquote). Fast die Hälfte der überprüften Asylbescheide wurde also durch die Verwaltungsgerichte korrigiert – bei syrischen und afghanischen Asylsuchenden waren es sogar über 60 Prozent.<sup>4</sup> Etwa 32.500 Fehlentscheidungen des BAMF mußten im Jahr 2017 von den Gerichten zugunsten von Geflüchteten korrigiert werden. Hinzu kommen etwa 4.500 Fälle, in denen das BAMF die eigene Entscheidung im Sinne der Betroffenen korrigiert hat.

Der Flüchtlingsrat Brandenburg fordert eine umfassende Qualitätskontrolle im Bundesamt, wie PRO ASYL und viele weitere Verbände und Organisationen dies schon seit Jahren fordern. Zugang zu Schutz und das Recht auf ein faires Asylverfahren dürfen keine politische Verhandlungsmasse sein!

KIRSTIN NEUMANN,

Flüchtlingsrat Brandenburg

1 – [dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/003/1900385.pdf](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/003/1900385.pdf)  
 2 – [www.proasyl.de/news/breite-kritik-an-maengeln-in-asylverfahren-und-abschiebungen-ins-unsichere-afghanistan/](http://www.proasyl.de/news/breite-kritik-an-maengeln-in-asylverfahren-und-abschiebungen-ins-unsichere-afghanistan/)  
 3 – <https://www.proasyl.de/news/memorandum-zu-asylverfahren-zeigt-qualitaetsmaengel-beim-bamf/>  
 4 – [dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/013/1901371.pdf](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/013/1901371.pdf)

## Die Eberswalder Ruferin



FOTOS: IRENA MERTENS

**Sichtungen in Eberswalde:** Bei einem ihrer Spaziergänge durch Eberswalde stieß unsere Leserin IRENA MERTENS Anfang August auf ein paar interessante Installationen der Organisation »Seebücke«.

## 100 Barnimer Bündnisgrüne

Mit großer Freude begrüßte der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen im Juni sein 100. Mitglied. Kreissprecherin ELKE ROSCH überreichte Blumen und einen Baumwollbeutel mit nützlichen Utensilien an MORITZ HÖPPNER, Schüler und zukünftiger Student der Wirtschaftsinformatik aus Tempelfelde. Der 18-Jährige schloß gerade seine Schul Ausbildung in Freiburg erfolgreich ab und kehrte in die Barnimer Heimat zurück. Zwei Jahre lang besuchte er in der badischen Universitätsstadt das internationale Robert-Bosch-College. Dort leben 200 Schülerinnen und Schüler aus 90 Nationen zusammen und lernen, sich für eine nachhaltigere und friedlichere Welt einzusetzen.

Der Kreisverband Barnim der Grünen verzeichnet seit Jahren einen kontinuierlichen Mitgliederzuwachs. Besonders im letzten Jahr sind viele neue, überwiegend junge, Mitstreite-

rinnen und Mitstreiter hinzugekommen. Der Frauenanteil beträgt derzeit 40 %. Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag und Mitglied des Kreisverbands, sagte zur erfreulichen Mitgliederentwicklung: *»Über neue Mitglieder freue ich mich sehr. Bei den Grünen Mitglied zu werden heißt in erster Linie, für unsere Demokratie Partei zu ergreifen. Das ist umso wichtiger in einer Zeit, in der Demokratie und Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung und Solidarität mit den Schwachen zunehmend in Zweifel gezogen oder gar offen bekämpft werden. Eine Lösung der von unserer Industriegesellschaft verursachten globalen Probleme ist nur mit verstärktem Engagement auf allen Ebenen zu bewältigen. Die vielen Eintritte bei den Grünen sehe ich auch als Anerkennung unserer Arbeit in den Parlamenten, ob in Eberswalde, im Landtag Brandenburg oder im Bundestag.«*

*ELKE ROSCH, Sprecherin des Kreisverbandes*

### Buchvorstellung in der Stadtbibliothek, 22. August, 20 Uhr: Die Regeln des Sommers

Die Gäste können sich auf einen Musikbilderbogen für Flöte, Klarinette, Klavier, Elektronik und Videoprojektionen freuen. Das Buch *»Regeln des Sommers«* des australischen Illustrators und Autors Shaun Tan richtet sich zwar primär an Kinder, doch das Ensemble Quillo macht daraus ein Stück für Menschen jeden Alters. Eintritt: 6 Euro (erm. 3 Euro). BBZ Amadeu Antonio, Puschkinstr. 13.

## Mammutkosten für Mammutprojekte

SPD-Bundestagsabgeordneter informiert über Kanalausbau und B167neu

Die beiden Mammutprojekte im Barnim sind im Zeitplan. Für die Ortsumgehung B 167 läuft das Planfeststellungsverfahren, wobei die Unterlagen nach der öffentlichen Auslegung aktuell ausgewertet werden. Der Erörterungstermin ist für das erste Quartal 2019 vorgesehen. Für den Ausbau der Havel-Oder-Wasserstraße werden 2018 die Vergabeverfahren der Bauleistungen abgeschlossen, sodaß 2019 der Ausbau beginnen kann. Eine besondere Herausforderung beim Ausbau ist, daß der Schiffsverkehr während der gesamten Bauzeit weiter läuft. Daher wird die Kanalerweiterung erst auf

der Südseite und dann auf der Nordseite ertüchtigt. Auf Basis des fortschreitenden Kanalausbaus ist vom derzeitigen Zeitpunkt davon auszugehen, daß ab 2020 mit dem Bau der B167neu begonnen wird.

Für den Ausbau der gesamten Wasserstraße werden insgesamt 503 Millionen Euro investiert. Hiervon fallen 141 Millionen Euro für Aus- und Neubaukosten sowie 362 Millionen Euro für Erhaltungs- und Ersatzkosten an. Der Ausbau der Ortsumgehung B167neu kostet rund 82 Millionen Euro.

*STEFAN ZIERKE*

## Mehr Geld fürs Landesarchiv

Bürger bei Recherchen unterstützen

**Potsdam (bbp).** Dem Brandenburger Landesarchiv mangelt es deutlich an finanziellen Ressourcen, um zeitgemäße Digitalisierungsmaßnahmen im notwendigen Umfang vorzunehmen. Dies ergibt sich aus der Antwort auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Péter Vida (BVB/Freie Wähler). Laut Vida fehle beispielsweise eine Volltextsuche in den Dokumenten. Es sei *»völlig unzureichend, daß fürs Landeshauptarchiv lediglich 50.000 Euro für Digitalisierungsmaßnahmen pro Jahr zur Verfügung stehen, womit gerade einmal rund 2 Meter Archivmaterial gescannt werden können – und dies bei 50 Kilometern Archivgut.«*

In Zeiten von Beitragsnacherhebungen – etwa bei Abwasser, Straßenausbaubeiträgen, Parzellierungen – und Restitutionsverfahren

seien Bürger oft auf historische Sachverhalte angewiesen. Hierbei werde oft geprüft, ob und inwiefern in teilweise mehrere Jahrzehnte zurückliegenden Angelegenheiten Zahlungen getätigt worden sind. *»Da die Betroffenen als Widerspruchsführer in der Regel in der Beweislast sind«,* so Vida, *»müssen Möglichkeiten einer zielgerichteten Recherche geschaffen werden.«*

Der Landtagsabgeordnete begrüßt, *»daß in Kooperation mit dem United States Holocaust Memorial Museum inhaltsreiche Aktengruppen über die NS-Verfolgung digitalisiert werden. Gerade in diesem Bereich können Fördergelder akquiriert werden.«* Péter Vida kündigte an, daß er in die kommende Haushaltsverhandlung Anträge zur Erhöhung des Digitalisierungsbudgets fürs Landesarchiv einbringen werde.

## Wahl bei Jusos Barnim

Die Jusos Barnim wählten am 5. August in Eberswalde einen neuen Vorstand. Nach zwei erfolgreichen Jahren mit einer Doppelspitze wurde nun mit KURT FISCHER wieder ein einzelner Vorsitzender gewählt. Die bisherigen Vorsitzenden traten nicht wieder an.



Foto: Jusos Barnim

Weiterhin wurden MELINA HAPKE, FLORIAN GÖRNER, RON STRABURG sowie LARS STEPNIK zu den neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Komplettiert wird der Vorstand durch die Beisitzer RICA ELLER, NICLAS BRÜSEMEISTER und NICO PÖTHKE.

Kurt Fischer erklärt dazu: *»Ich freue mich, die gute Arbeit der letzten Jahre als neuer Vorsitzender fortführen zu dürfen. In den nächsten zwei Jahren wird es insbesondere darum gehen, daß wir Jusos als Team uns aktiv in die inhaltliche Arbeit zu den anstehenden Wahlen einbringen und die Interessen junger Menschen offensiv vertreten. In dem anstehenden Superwahljahr 2019 mit Kommunal-, Europa-, und Landtagswahl wird es darum gehen zu zeigen, daß die SPD die Partei mit den besten Ideen für unsere Zukunft ist. Gute und kostenfreie Bildung, ein starkes Europa und flächendeckend attraktive öffentliche Verkehrsmittel sind nur drei unserer Herzensthemen, die wir ganz nach vorne stellen werden. Wir Jusos werden entschlossen für ein freies, faires und tolerantes Miteinander und gegen die Spalter von Rechts kämpfen. Wer uns dabei unterstützen will, ist jederzeit herzlich willkommen!«*

Die Jusos existieren seit 1997 im Barnim. Knapp 60 junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren sind bei uns Mitglied. Eine SPD Mitgliedschaft ist dafür nicht erforderlich.

*FLORIAN GÖRNER*

## Kostenfreie Führungen

Nach den drei erfolgreichen Abenden mit Langer Nacht, Mondfinsternis und Sternschnuppennacht am FINOWER Wasserturm findet bei Tageslicht am **Sonntag, dem 9. September**, der Tag des offenen Denkmals statt. Dazu bietet der Förderverein Finower Wasserturm und sein Umfeld e.V. zwei kostenfreie Führungen durch die historische Messingwerksiedlung an. Treff ist um 11 & 14 Uhr jeweils rechtzeitig vor dem Wasserturm. Nach den Führungen kann man aus 44 m Höhe einen Blick über die Messingwerksiedlung, das grüne Tal des Finowkanal und das Umland vom Wasserturm genießen. Auch das Regionalmuseum kann besichtigt werden.

*RINGO WRASE*

## Zwangsstörungstherapie

Bis vor wenigen Jahren galten *Zwangserkrankungen* als schwer behandelbar, doch dies ist heute anders. Die besten Ergebnisse werden ähnlich wie bei der Behandlung von Angststörungen (BBP 5/2018) mit der *Verhaltenstherapie* erzielt. Hierbei wird *ungewolltes, da störendes Verhalten* abgelegt und *neues, gewolltes Verhalten* erlernt. Bei vielen Betroffenen wirkt die Verhaltenstherapie langfristig.

Wie bei den Angststörungen wird der Betroffene mit den von ihm gefürchteten und entsprechend vermiedenen Reizen konfrontiert. Bevorzugt wird die *Konfrontation in Alltagssituationen*, bei der der Betroffene an der Durchführung seiner *Zwangsroutinen* gehindert wird. Er erlernt dadurch, für ihn schwierige Situationen ohne Zwangshandlungen/Zwangsgedanken zu bewältigen. Dazu folgendes Beispiel: Der Betroffene leidet an einem Waschwang. Nun wird der Erkrankte daran gehindert, seine Hände nach Berührung eines schmutzigen Objektes zu waschen, bis ein Spannungsabfall eintritt, dies bedeutet, daß nun die Angst geringer geworden ist. Der Patient muß dabei die einsetzende Angst und Spannung aushalten, um Zwangshandlungen zu verhindern.

Der Aufwand für eine Verhaltenstherapie ist groß. Der Betroffene sollte sich immer wieder in Begleitung eines Therapeuten den zwangsauslösenden Situationen stellen und somit die Angst und Anspannung aushalten, bis die Gefühle schwächer werden. Dies verlangt vom Betroffenen Kraft und Ausdauer. Doch nur so können gute Ergebnisse erzielt werden.

Bei der *graduerten Löschung* werden die Betroffenen zuerst gemeinsam mit dem Therapeuten und später dann eigenständig den Auslösern für ihre Zwänge *stufenweise* verstärkt ausgesetzt. Dabei wird mit der Situation begonnen, die dem Betroffenen am wenigsten Angst macht. Erst wenn diese Situation angstfrei bewältigt werden kann, wird die nächstschlimmere Situation in Angriff genommen. Dies wird so lange gemacht, bis alle *angstauslösenden Situationen* angstfrei gemeistert werden können.

Bei der *Implosionstechnik* wird der Patient aufgefordert, sich gedanklich in die angstauslösende Situation zu begeben. Dabei soll der Erkrankte *den angstauslösenden Reiz* stark übersteigern. Der Therapeut fordert den Betroffenen auf, diese vorgestellte Situation nicht zu verlassen und dabei so lange wie möglich seine Ängste auszuhalten. Ziel ist hierbei die *Löschung des Vermeidungsverhaltens*.

Beim *Gedanken-Stopp* berichtet der Erkrankte zunächst ausführlich über seine unerwünschten Zwangsgedanken oder führt seine Zwangshandlungen aus. Dann ruft der Therapeut auf einmal laut »Stopp!«. Dieser Zwischenruf kommt für den Patienten so unerwartet, daß es zu einer Schreckreaktion und damit zu einer *Unterbrechung des Gedankenganges* oder der *Zwangshandlung* kommt. Diese Technik kann der Betroffene später jederzeit in seinem Alltag selbst einsetzen. **FALK HINNEBERG**

## Quiz und Test (Teil 2)

**Quizzen und testen – das ist ganz modern. Ein Test ergab, niemand der befragten Nachbarn konnte Auskunft geben, wieviel sie für einen Kubikmeter Wasser bezahlen müssen. Das zu berechnen, ist auch nicht ganz einfach. Schließlich müssen nicht nur die Kosten für Trinkwasser und Schmutzwasser berücksichtigt werden, sie teilen sich auch noch jeweils auf in Grund- und Mengengebühren. Die Berechnungsgrundlagen sind in Teil 1 ausführlich erläutert. Im Folgenden nun die Fallberechnungen:**

### Fall 1 (Einfamilienhaus)

Sie bewohnen ein Einfamilienhaus mit ihrer kleinen Familie (drei Personen). Sie haben einen eigenen Trinkwasseranschluß und auch einen eigenen Anschluß an die Kanalisation. Ihr Wasserzähler hat die Nenngröße QN=1,5. Sie entnehmen dem Trinkwassernetz jährlich 84 Kubikmeter. Das sind 28 Kubikmeter je Person und Jahr, rund 80 Liter je Person und Tag. Die Verbrauchsgebühr beträgt 84 Kubikmeter x 1,15 Euro/m<sup>3</sup> = 96,60 Euro. Dazu kommt die Grundgebühr von 9 Euro/mon x 12 Monate/Jahr = 108 Euro/Jahr. Die Summe aus 96,60 + 108 beträgt 204,60 Euro. Das ist die Nettogebühr. Dazu kommen jetzt noch 7% Umsatzsteuer. Damit haben wir die jährliche Gesamtgebühr (brutto) für das Trinkwasser zu 204,60 + 14,32 = 218,92 Euro/Jahr errechnet.

Um die Gesamtgebühr ausrechnen zu können, brauchen wir nun zunächst die Gebühr für die Einleitung des Abwassers in die Kanalisation. Derzeitiger Stand: 3,95 Euro/m<sup>3</sup>. Als Menge Abwasser ist die gezapfte Menge Trinkwasser anzusetzen. (Es kommt nicht darauf an, daß die Abwassermenge niemals die Trinkwassermenge erreichen kann. Der übliche Ansatz *Trinkwassermenge = Abwassermenge* ist aus Gründen der Gleichbehandlung aller Wasserkunden zulässig). Die »*Verbrauchsgebühr*« beträgt damit 84 Kubikmeter x 3,95 Euro/m<sup>3</sup> = 331,80 Euro. Dazu kommt wieder die Grundgebühr von hier 14 Euro/mon x 12 Monate/Jahr = 168 Euro/Jahr. Beide Teilbeträge sind zu addieren, also: 331,80 + 168 = 499,80 Euro/Jahr. Für Abwasser werden keine Umsatzsteuern erhoben, Netto ist also gleich Brutto. Addieren wir die Beträge für Trink- und Abwasser, erhalten wir die jährliche Gesamtgebühr zu 218,92 + 499,60 = 718,52 Euro/Jahr.

Wie bereits erwähnt, sind dazu jetzt noch anteilige Kosten für die Errichtung von Wasser- und Abwasseranlagen auf dem Grundstück und im Haus des Wasserkunden zu addieren. Diese Anlagen mußte der Hauseigentümer jedenfalls selbst bezahlen. Die Kosten dafür schlagen mit den jährlichen Anteilen für Pflege, Instandhaltung und Verschleiß zu Buche. Das Geld muß ja da sein, wenn nach Jahren mal ein Rohr oder ein Ventil erneuert werden muß. Besonders teuer wird die Angelegenheit, wenn sich der Wasserverbraucher – aus welchen Gründen auch immer – gezwungen sieht, von mobiler Entsorgung auf Kanallbenutzung umzustellen. Die Kosten für die bisher genutzte abflußlose Sammelgrube – jedenfalls ein vierstelliger Eurobetrag – waren dann im wahrsten Sinne des Wortes »in den Sand gesetzt«.

Wenn man nun wissen will, wie teuer ein Kubikmeter Wasser ist, dann muß man einfach die Gesamt-Bruttogebühr für Trink- und Abwasser durch den Jahresverbrauch dividieren. In unserem Fall ist die Aufgabe 718,52 dividiert durch 84 zu lösen. Das Ergebnis lautet 8,55 Euro/m<sup>3</sup>. Ein Eigenheimer, der diese Zahl zum ersten Mal sieht, bekommt üblicherweise einen Schreck. Einen so hohen Betrag hatte er nicht erwartet. Es wird ja regelmäßig mit angeblich billigem Wasser aus dem »Hahn« erworben. Für 1,15 Euro/m<sup>3</sup> – nur dieser Betrag wird regelmäßig genannt – sollte man doch ruhig einmal öfter baden und einmal öfter den Garten sprengen.

Glücklicherweise bleiben viele Bürger davon verschont, acht Euro und mehr für Wasser bezahlen zu müssen. Das liegt daran, daß Mieter üblicherweise keinen eigenen Wasseranschluß, sondern mit anderen Mietern im gleichen Aufgang oder im gleichen Häuserblock einen gemeinsamen Anschluß haben. Das wirkt sich kostensenkend deshalb aus, weil ein Mieter nur eine anteilige Grundgebühr zahlen muß. Die Verfahrensweise, die Grundgebühr nicht je Anschluß, sondern je Wohneinheit festzulegen, hat sich noch nicht allgemein durchgesetzt. Das liegt wohl nicht zuletzt daran, daß Mieter – die sind auch Wähler – dann mehr bezahlen müßten und Eigenheimbesitzer bei sogenannten Volksparteien als wohlhabend gelten, weshalb man es ihnen durchaus zumuten kann, die Gebühren für die Mieter zu stützen.

### Fall 2 (Mehrfamilienhaus)

Wie günstig es – sogar in Eberswalde – sein kann, zeigen folgende Zahlen für Mieter in einem Häuserblock mit einem Anschluß QN = 6,0 für 50 Wohneinheiten. Die Berechnung erfolgte nach der gleichen Methode (s.o.) unter Verwendung folgender Zahlen: Anzahl der Personen je Haushalt 1,7, Wasserentnahme je Person 80 Liter pro Tag. Die Grundgebühr für den Wasseranschluß beträgt 36 Euro/Monat für Trinkwasser und 56 Euro/Monat für Abwasser.

Hier ist das Ergebnis: Es errechnet sich eine Brutto-Jahresgebühr von 13.816 Euro bei einem Wasserverbrauch von 2.448 m<sup>3</sup>/Jahr und daraus eine Gebühr von 5,64 Euro/m<sup>3</sup>. Mieter in einem großen Wohnblock zahlen danach für Wasser nur etwa 2/3 dessen, was Bewohner von Eigenheimen zu berappen haben, jedenfalls wenn es sich immer um mehrere Personen handelt. Besonders hart trifft es Einzelpersonen in Eigenheimen. Ihre Zahl hat in den letzten Jahren zugenommen und das wird so weitergehen.

JOHANNES MADEJA  
(Fortsetzung folgt)

## Behördliche Umweltsünder straffrei

Leserbrief zu »Zahl der Umweltsünder nimmt zu« (MOZ vom 01.08.2018)

Für Bürger im Barnim ist es nicht nur hochinteressant, sondern extrem wichtig zu erfahren, daß in Berlin gegen 591 der Umweltkriminalität verdächtigen Personen (bis 13.07.18) ermittelt wird. Noch wesentlich interessanter wäre es für die Barnimer zu erfahren, wie es damit in Hamburg, München oder Köln aussieht. Weniger interessant ist wohl, was diesbezüglich im Barnim »los ist«. Wenn das für die Barnimer wichtig wäre, dann stände es ja in der Zeitung! Das muß es aber nicht, denn wir wissen auch so, daß es im Barnim eine Menge Umweltsünder gibt. Wir wissen sogar, obwohl das eigentlich gar nicht sein kann, daß der Anteil der Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts und gewerblichen Unternehmen an Umweltstraftaten erheblich ist und daß gegen

die Verantwortlichen – selbstverständlich! – nur in Ausnahmefällen ermittelt wird. Bestraft werden sie – natürlich! – niemals, höchstens ermahnt! Und das ist gut so! Wo kämen wir denn sonst hin?

Daß Umweltverschmutzung strafbar ist, das gilt wohl auch im Barnim. Umweltverschmutzung kann mit Haft oder Geldstrafe geahndet werden, muß aber nicht! Jedenfalls wird im Barnim keinem behördlichen Umweltsünder auch nur ein Haar gekrümmt. Darauf darf sich Otto Normalbürger aber kaum berufen! Ihm geht es natürlich an den Kragen, auch wenn sein Hund nur in den Park gekackt hat oder wenn er in seinem Garten einen »geschützten« Baum gefällt oder gar Unrat verbrannt hat.

JOHANNES MADEJA

## Landwirte und Nutztiere brauchen Hilfe

Die schweren Dürreschäden in der Landwirtschaft in Brandenburg und auch im Barnim erfordern eine umfassende und unbürokratische finanzielle Hilfe vom Bund und auch der Landesregierung für die schwer betroffenen Landwirte und ihre Nutztiere noch in diesem Jahr. Ziel sollte dabei sein, eine spürbare und nicht nur symbolische Hilfe für schwer betroffene Landwirtschaftsbetriebe und den Zukauf von Futtermitteln zur Erhaltung der Tierbestände zu leisten. Darüber hinaus sollten mittel- und langfristige Maßnahmen im Zusam-

menhang mit dem Klimawandel ergriffen werden. Ich denke dabei an Bewässerung, für Trockenheit weniger anfällige Pflanzensorten oder auch die Weiterentwicklung von Pflanzenschutzmitteln, die weniger giftig aber trotzdem wirksam sind. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel stünden zur Verfügung, wenn beispielsweise die Erhöhung der Ausgaben für die Aufrüstung gekürzt werden, die neuerdings mit dem Begriff »der besseren Ausrüstung« vor der Öffentlichkeit getarnt werden.

Dr. HELMUT KOCH

## LED-Licht im Gewerbepark

**Eberswalde (prest-ew).** Die Straßenbeleuchtung für den Technologie- und Gewerbepark Eberswalde (TGE) ist seit dem vergangenen Jahr komplett auf LED umgestellt und wurde dafür im Juni vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zertifiziert. »Diese offizielle Zertifizierung ist eine sehr schöne Anerkennung unserer Bemühungen für den Klimaschutz und zugleich eine Bestätigung, den eingeschlagenen Weg fortzuführen. Mit der Umrüstung im TGE ist ein weiteres Areal umgestellt. Bis jetzt konnten 40 Prozent aller Anlagen im Stadtgebiet auf die energiesparende Technik umgerüstet werden, wodurch wir dem Umwelt- und Klimaschutz ein Stück mehr Rechnung tragen«, so Baudezernentin Anne Fellner.

Seit 2013 wird die Straßenbeleuchtung in der Stadt Eberswalde kontinuierlich auf energiesparende LED-Leuchtmittel umgerüstet. Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung im TGE wurde im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit gefördert. Beim Projektträger Jülich – dem Forschungszentrum Jülich GmbH Berlin – wurde im März 2016 ein Fördermittelantrag für die Umrüstung der Leuchten im

TGE gestellt. Im Oktober 2016 erhielt die Stadt Eberswalde den Zuwendungsbescheid. Nach der Ausschreibung konnte Ende April 2017 der Lieferauftrag vergeben werden.

Bis September 2017 erfolgte die Umrüstung von insgesamt 187 Lichtpunkten durch die Mitarbeiter des Bauhofs. Die Kosten für die Umrüstung beliefen sich insgesamt auf 68.090,22 Euro. Davon wurden 20 Prozent über Fördermittel finanziert. 54.472,18 Euro, also 80 Prozent der Kosten, erbrachte die Stadt durch Eigenmittel. »Durch die Umrüstung der Straßenbeleuchtungsanlage im TGE sparen wir nun pro Jahr mehr als 55.000 KW/h Strom ein. Das entspricht bei den aktuellen Strompreisen pro Jahr einer Ersparnis von 12.797,43 Euro«, so die Leiterin des städtischen Bauhofes, Katrin Heidenfelder. »Bereits nach fünf Jahren wird sich die Investition amortisiert haben und die Umwelt ist dauerhaft die Gewinnerin durch die CO<sub>2</sub>-Ersparnis«, ergänzt Anne Fellner. Im Jahr 2014 wurde bereits ein großer Teil der Straßenbeleuchtung des Leibnizviertels mit Unterstützung des Forschungszentrums Jülich umgerüstet. Für die Folgejahre stehen der Stadt pro Jahr 50.000 Euro für die weitere Umrüstung von Straßenbeleuchtungsanlagen zur Verfügung.

## Sonntagabend darf man laufen

Wer an einem Sonntag von einer Feier oder von einem Konzert von Berlin mit dem Zug um 23.07 Uhr nach Eberswalde zurückkommt und etwas weiter weg vom Bahnhof wohnt, dürfte es schwer haben, wieder nach Hause zu kommen. Die letzten Busse nach Nordend und Ostende fahren um 22.18 Uhr bzw. 22.22 Uhr. Nach Finow und ins Brandenburgische Viertel fahren die letzten Obusse gar schon um 21.50 Uhr bzw. 21.57 Uhr. Dann gibt es noch den Rufbus nach Finowfurt um 22.27 Uhr, doch der fährt ohne Halt durch zum Kleinen Stern. Um dann z.B. nach Ostende zu kommen, muß man die Beine in die Hand nehmen, oder man hat 15 Euro für ein Taxi übrig – wenn denn um diese Uhrzeit noch eins wartet. Für Eberswalde, dem Zentrum im Nordosten der Metropole Berlin, ist das nicht gerade ein attraktives Nahverkehrsangebot für Nachtschwärmer. J.G.

## Solarstrom Kreiswerke

Im März hatten es die Kreistagsabgeordneten beschlossen und im Juni wurde sie rechtskräftig gegründet: die SUN:BAR PHOTOVOLTAIK BARNIM GMBH. Die zweite Projektgesellschaft, ein Joint Venture zwischen der BRANDENBURGER BPG BETEILIGUNGS- UND PROJEKTMANAGEMENT GMBH aus Erkner und der BARNIMER ENERGIEBETEILIGUNGSGESELLSCHAFT MBH (BEBG) plant künftig im Barnim Anlagen zur dezentralen Erzeugung und Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien.

Das erste Vorhaben steht bereits kurz vor der Umsetzung: Noch in diesem Jahr wird der Ausbau der Deponie Ostend in Eberswalde zu einem Energiepark starten. Bis 2020 sollen auf dem Gelände der stillgelegten Deponie drei Solaranlagen mit einer installierten Leistung von je 750 KW errichtet werden. Die Fertigstellung der ersten Anlage ist bereits für Herbst 2018 geplant.

»Wir haben mit der BPG einen kompetenten und erfahrenen Partner in der Solaranlageninvestitionsplanung und -betriebsführung gefunden, um im Barnim kommunale Erzeugungsanlagen zu errichten. Perspektivisch ist es unser Ziel, den hier erzeugten Strom auch regional zu vermarkten. In greifbarer Nähe rückt auch die Beteiligung der Bürger. Eine der drei Anlagen könnte als Bürgersolaranlage konzipiert werden, das prüfen wir«, gibt Christian Mehnert, kaufmännischer Geschäftsführer der SUN:BAR einen Ausblick.

»Es ist unser erstes Joint Venture mit einem kommunalen Unternehmen und wir freuen uns, einen Teil zur Umsetzung der Barnimer Energiewende beitragen zu können«, ergänzt der technische Geschäftsführer Martin Tauschke.

Die BPG ist ein Unternehmen der ALEN-SYS-Unternehmensgruppe, die über 500 MW Anlagenleistung erfolgreich realisiert hat. Im Bereich Service und Wartung verantwortet sie Solarparks mit einer Leistung von 280 MW.

INA BASSIN

In einer Untersuchung wurde die Auswirkung der Grünfläche im Umkreis von einem bzw. drei Kilometern um die Wohnung einer betreffenden Person gemessen. Beurteilt wurden 24 häufige Erkrankungen. In der Umgebung mit 10 Prozent mehr Begrünung als der Durchschnitt war bei 15 der 24 Krankheiten das Erkrankungsrisiko vermindert. Bei drei Kilometer Umkreis ergab es kaum noch Auswirkungen.

Die Nutzung der Höfe erzeugt Konflikte zwischen dem Ruhebedürfnis Erwachsener, besonders alter und kranker Menschen, und dem Bewegungsdrang der Kinder. Der demografische Wandel hat die Situation dramatisch verändert. Der Anteil alter und/oder behinderter Menschen in den Quartieren nahm stark zu und wird weiter zunehmen. In dem Gebäude, in dem ich wohne und dem benachbarten (insgesamt 80 Wohnungen) gibt es nur kinderlose Haushalte. Diese Tatsachen erfordern, sich von altem und überholten Denken zu verabschieden und der neuen Situation mit neuen Ideen Rechnung zu tragen.

Eine weitere Besonderheit, die die Menschheit ihrer evolutionären Entwicklung verdanken, ist das Bedürfnis nach starken sozialer Bindungen. Die über Millionen von Jahren in kleinen Gruppen lebenden Menschen waren aufeinander angewiesen. Ein aus der Gruppe Ausgestoßener hatte keine Überlebenschance. Ohne diese starken sozialen Bindungen gäbe es den heutigen Menschen nicht.

Die bewußten und unbewußten Bedürfnisse alter und/oder kranker Menschen mit teilweise stark eingeschränkter Mobilität sind: Die Pflege sozialer Kontakte, Platz zu Ruhe und Besinnung, die Wertschätzung ihres Lebenswerks und Angebote leichter Beschäftigung in nächster Wohnumgebung.

Zur Erfüllung dieser Bedürfnisse sind naturnah gestaltete Wohnhöfe erforderlich. Die Gestaltung sollte vom Balkon den Blick ins Grün ermöglichen. Sitzgelegenheiten auf dem Hof sollten einen kürzeren und längeren Aufenthalt im Hof ermöglichen. Der Schutz vor Einsicht aus dem öffentlichen Raum und von Anwohnern sollte, soweit wie möglich, durch Bepflanzungen verwirklicht werden.

Der Wohnhof soll vor allem den älteren Mietern die Möglichkeit zur Ruhe, zu sozialen Kontakten und zur Betätigung bieten. Diesem Anliegen kommt die Ausstattung der Höfe mit geeigneten Sträuchern und Gebüschern weitgehend entgegen.

Es haben sich die Ansprüche an das unmittelbare Gebäudeumfeld gewandelt. Die Aussage z.B. Verantwortlicher in der Verwaltung der Wohnungsbaugenossenschaft, daß die meisten Mieter ihren Hof nur zum Wäschetrocknen und für Spielgeräte benötigen, ist erstens keine repräsentative Aussage und zweitens sozialpolitisch unqualifiziert. Es ist nicht glaubhaft, daß in einfallloser rechtwinkliger Kasernenhofnorm, mit überdimensionierten Wäscheplätze und kaum genutzten Spielgeräten ausgestatte-

## Für ein gesundes Wohnumfeld

von Klaus Meißner

*Nicht jeder wohnt in der Nähe eines Waldes oder ist in der Lage, diesen aufzusuchen. Daher ist es von Bedeutung, daß klein erscheinende Veränderungen in der Umgebung meßbare Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden eines Menschen haben.*



Foto: Klaus Meißner

Naturnah bepflanzte Grünflächen vor den Wohnhäusern tragen erheblich zum Wohlbefinden und zur Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner bei.

te Höfe die erstrebenswerte Wohnqualität besitzen. Wegen fehlender nicht bewirtschafteter Flächen in den näheren Wohnumgebungen können Kinder dort nicht ungefährdet spielen. Um hier einen bescheidenen Ausgleich zu schaffen, sollten, wo möglich, Spielstraßen eingerichtet werden.

Der Flächenverbrauch allein für den ruhenden Verkehr ist enorm. Häufig wird außerhalb der vorgesehenen Parkplätze wild geparkt. Bemühungen zur Einrichtung von Spielstraßen sind nicht zu erkennen.

In diesem Zusammenhang ist allerdings mit Kinderfreundlichkeit eines erheblichen Teils der Anwohner nicht zu rechnen. Nach der »Wende« wurden die Höfe intensiv als Parkplätze für PKW und Kleintransporter genutzt. Ölverschmutzung und Bodenverdichtung wurden gebilligt. Die WHG, und auch der Vorstand der WBG fanden keinen Grund zum Handeln. Eine private Initiative setzte diesem Chaos ein Ende. Der Lohn: Wut und Haß gegen die Initiatoren.

»Müßt Ihr unbedingt hier spielen? Ihr seht doch, daß hier Autos stehen!«. Diese Forderung einer Nachbarin an die spielenden Kinder spiegelte keine Ausnahme wider.

Folgende Spielbetriebsarten sind sinnvoll:

- Spielbereich von maximal 200 m Entfernung von der Wohnung für spontanes Spiel und Kommunikation, mit Sandkasten, Bänken, einfachen Sitzgelegenheiten, mit Möglichkeiten einfacher körperlicher Betätigungen.
- Spielbereich für Schulkinder und Jugendliche mit Gesprächsplatz, Bolzplatz, Sand-

flächen, Flächen für Bodenspiele, Rollschuhe und Skateboards.

- Spielbereich für alle Altersstufen mit Spielhaus, Einrichtung für Abenteuerspiele, Tierhaltung und Pflanzenbau (nur beispielhaft).
- Ausstattung der Wohnhöfe zur Befriedigung des Bewegungsdrangs und Spielbedürfnis kleiner Kinder

Spielflächen sollten ohne Gefährdung durch Kfz erreichbar sein. Der Bedeutung von Bewegungs- und Gestaltungsspielen im Freien sowie von Umwelt- und Sozialerfahrungen für die körperliche, geistige und soziale Entwicklung Heranwachsender wird besonders der Abenteuerspielplatz gerecht. Er kann als Ersatz für das Spielen auf nicht mehr vorhandenen ungenutzten Flächen der freien Natur dienen.

Die Lösungen für ein menschenwürdiges Wohnumfeld sollten nicht nur Forderungen an die großen Wohneigentümer sein, auch politischer Wille zur Veränderung ist gefordert.

Das Thema Wohnökologie ist hiermit nicht erschöpft.

Soviel sei noch erwähnt: Ein ökologisch gesundes Umfeld macht das Wohnen in den »Plattensiedlungen« attraktiver, hilft Leerstände zu verringern und ist ein Beitrag zur Verminderung weiterer Zersiedelungen.

**Barnimer Bürgerpost**  
abonnieren!

eMail: [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)  
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42  
internet: [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

## Kriegsspiele im Kaukasus

**Nicht nur im Baltikum, in Polen und demnächst in Norwegen üben sich NATO-Truppen in zunehmender Präsenz an Rußlands Grenzen. Auch die kleine Kaukasusrepublik Georgien steht im Visier der NATO-Strategen. Dort fand im August bereits zum vierten Mal das Manöver »Noble Partner« statt.**

Im Rahmen der »Europäischen Abschreckungsinitiative« (EDI) sorgen rotierende Einheiten für eine permanente Präsenz des US-Militärs in Ost- und Südosteuropa. Zugleich werden einheimische Streitkräfte für künftige Kriege trainiert. Im September 2014 hatte die NATO darüber hinaus die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe (»Very High Readiness Joint Task Force«, VJTF) beschlossen, die als »NATO-Speerspitze« bekannt ist und binnen kürzester Zeit vor allem in Ost- und Südosteuropa intervenieren können soll. Die VJTF nahm im April 2015 ihre ersten Übungsaktivitäten auf. Zur Sicherung der Transportwege wurde inzwischen ein groß angelegtes Investitionsprogramm in den Ausbau von Straßen und insbesondere der »Ertüchtigung« von Brücken und Unterführungen für die schwereren und größeren NATO-Panzer in Gang gesetzt. Zumindest indirekt dürfte in diesem Zusammenhang auch der geplante Bau der »Umgehungsstraße« (B167neu) im Norden von Eberswalde zu sehen sein.

Im Mai 2015 hatten georgische und US-Truppen auf georgischem Territorium erstmals eine gemeinsame Kriegsübung durchgeführt. Seit 2017 nimmt auch die Bundeswehr an »Noble Partner« teil. In diesem Jahr waren es 160 deutsche Soldaten, die mit ihren Marder-Schützenpanzern in der Nähe der georgischen Hauptstadt Tbilissi den Krieg übten. Neben

Georgien (ca. 1.300 Soldaten), den USA (etwa 1.170 Mann mit Abrams-Kampfpanzern und Bradley-Schützenpanzer) und der BRD waren die NATO-Mitglieder Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Türkei, Estland, Litauen und Polen sowie die Nicht-NATO-Staaten Ukraine, Armenien und Aserbaidschan mit jeweils kleineren Verbänden vertreten.

Georgiens Wunsch, möglichst schnell der NATO beizutreten, findet vor allem in den USA Unterstützung, während die westeuropäischen NATO-Partner, nicht zuletzt die BRD, zwar eine militärische Zusammenarbeit ebenfalls forcieren, einen direkten NATO-Beitritt des Landes aber eher skeptisch sehen. Es ist nicht vergessen, daß Georgien im August 2008 im Handstreich das mit Rußland verbündete Südossetien erobern wollte, was innerhalb kürzester Zeit am Eingreifen Rußlands scheiterte.

Ein NATO-Beitritt Georgiens würde zur direkten Konfrontation mit Rußland führen. Daran hat die NATO, zumindest deren westeuropäische Mitglieder, derzeit kein Interesse. Der Professor für Internationale Politik an der Münchener Universität der Bundeswehr faßte das beim inzwischen siebten Georgisch-Deutschen Strategieforum der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in die Worte: »Niemand in der NATO will für Tiflis sterben«.

Vor allem die BRD verfolgt in Georgien eigene Interessen, die sich vom Kurs der USA durchaus unterscheiden. Dennoch oder vielleicht auch gerade deshalb schreitet die Kooperation zwischen der Kaukasusrepublik und der NATO kontinuierlich voran. Seit 2010 verfügt die NATO über ein eigenes Verbindungsbüro in Tbilissi. Im September 2014 stimmten die Mitgliedstaaten dem »Substantial NATO-Georgia Package« zu, das darauf abzielt, den georgischen Streitkräften zu größerer Schlagkraft zu verhelfen und sie zugleich noch stärker an NATO-Standards anzupassen. In der Folge entstanden NATO-geführte Ausbildungszentren für die georgischen Streitkräfte.

Die stetige Intensivierung der Zusammenarbeit und das Aufrechterhalten einer formalen Beitrittsperspektive reichen aus NATO-Sicht aktuell aus, um Rußland an seiner Südflanke kontinuierlich unter Druck zu setzen. Zumal Georgien schon jetzt fleißig an internationalen Kriegseinsätzen beteiligt ist. In Afghanistan stellt das kleine Land beispielsweise mit 870 Soldaten das viertgrößte nationale Kontingent. Viel mehr wäre auch als NATO-Mitglied nicht möglich. Georgien gehört zu den vielen Konfliktgebieten in der Welt, die von der NATO am Köcheln gehalten werden, um »bei Bedarf« nach Belieben am Weltfrieden zündeln zu können.

G.M.

Quelle: German-foreign-policy.com

## Dank an Helfer

Der Stadtteilverein Finow e.V. bedankt sich bei allen ehrenamtlichen Helfern, den Sponsoren und natürlich bei den Besuchern unseres diesjährigen Sommerfestes. Ohne die zahlreiche finanzielle Unterstützung der Sponsoren und vor allem tatkräftige ehrenamtliche Unterstützung der Finower und Vereinsmitglieder wäre es nicht so ein tolles Fest geworden, wie das, welches wir am 14. Juli gefeiert haben. Jeder tat was er konnte. War es nun unermüdetes Luftballon-Aufblasen oder das Aufsammeln des Abfalls, der sich aus unerklärlichen Gründen trotz genügend Mülleimern auf dem Festplatz ansammelte.

Für gute Unterhaltung sorgte die Band »Feel Collins« und es zuckte in den Tanzbeinen der Besucher, als der DJ Kevin Miller auflegte. Die Fahrgeschäfte hatten alle Hände voll mit den Kindern zu tun. Kulinarisch war auch für jeden gesorgt. Neben der klassischen Bratwurst gab es unter anderem auch leckere Fischbrötchen und russisches Schaschlik. Der Cocktailstand erfreute sich genauso der Beliebtheit der Gäste wie der Bierwagen.

Wie heißt es so schön: Nach dem Sommerfest ist vor dem Sommerfest. Wir freuen uns über euer Feedback und neue Anregungen. Im nächsten Jahr am 13. Juli gibt es auf jeden Fall wieder ein Sommerfest in Finow und auch dann können sich alle Besucher auf eine Überraschungsband – diesmal wieder etwas anderes – freuen. Herzlichen Dank noch einmal, daß auch dieses Fest so gut und unvergeßlich toll veranstaltet werden konnte.

VIKTOR JEDE, Stadtteilverein Finow e.V.

## Finower Oktoberfest

Es ist wieder soweit. Nach der langen Sommerpause geht es frisch und munter weiter beim großen Finower Oktoberfest am 7., 8. und 9. September 2018 auf dem Festplatz am Schwanenteich (Marktstraße 4) in Finow mit großem Oktoberfestzelt. Wie auch im letzten Jahr werden wir unterstützt von Event & Catering Büro Phoenix aus Hoppegarten.

Wir freuen uns, unsere großen und kleinen Besucher in diesem Jahr als erste zu diesem traditionellen bayrischen Fest im Barnim einzuladen. Auch in diesem Jahr ist an allen drei Tagen für Live-Musik gesorgt, wie z. B. die Oktoberfestband »Kraxlhaxer«, die »Bavaria Edelweiß Buam« und der »Wiesen-DJ«.

Wer möchte, kann endlich auch außerhalb von Bayern die Lederhose oder das Dirndl anziehen und alle seine Freunde und Nachbarn mitbringen. Die gute Laune gibt es dann schon auf dem Festplatz. Jeder, der mag, kann sich das Bier auch in der »Maß« holen. Für Süßes und Deftiges zum Essen wird natürlich gesorgt sein. Die kleinen Besucher kommen ebenfalls auf ihre Kosten. Wir freuen uns auf Ihren zahlreichen Besuch.

Stadtteilverein Finow e.V.

## Drei Meldungen

1. Am 15. August berichteten die Morgen- nachrichten im Radio, daß mal wieder ein Charterflugzeug mit 46 abgelehnten Asylbewerbern, darunter drei aus Brandenburg, in der afghanischen Hauptstadt Kabul gelandet sei.

2. Am gleichen Morgen konnte man in der Tageszeitung »junge welt« lesen: »Taliban auf dem Vormarsch«. Die Aufständischen hätten einen Armeestützpunkt im Nordwesten Afghanistans erobert, mindestens 17 Soldaten dabei getötet und bis zu 40 gefangengenommen. Das Ganze passierte in einem Gebiet, das zum Kommandobereich der Bundeswehr gehört. Im gleichen Artikel konnte man lesen, daß die Taliban auch in der ostafghanischen Provinz Ganni auf dem Vormarsch sind.

3. In der »Märkischen Oderzeitung« wird eine neue Lageeinschätzung des Auswärtigen Amtes von Ende Mai erwähnt, wonach »ein Jahr nach dem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Kabul eine ausgesetzte Abschiebung nicht mehr für notwendig erachtet« werde und das Brandenburgische Innenministerium bereits Anfang Juli den Landräten und Oberbürgermeistern mitteilte, Abschiebungen seien wieder möglich.

(gm)

## Nach dem Krieg

Im August 1945 war ich 21 Jahre alt und bekam mein erstes Kind. Als Entbindungstermin war der 15. August angesagt. Wir wohnten damals in Godorf, einem kleinen Dorf südlich von Köln. Der Krieg war gerade zu Ende und das Elend kam erst richtig zu Tage. Die Straße zerstört, die Rheinuferbahn stand ausgeraubt auf zerstörten Schienen.

Bei mir fingen die Wehen langsam an, wovon ich ja noch keine Ahnung hatte, aber meine Mutter schickte gleich einen kleinen Nachbarjungen zu unserem alten Freund Hubert. Er solle sofort kommen, seine angebotene Hilfe wird gebraucht. Eine andere Hilfe gab es nicht!

Hubert kam mit dem Fahrrad plus Anhänger, den er für mich mit einem Kissen ausgepolstert hatte, und radelte mit mir zum Dreifaltigkeits-Krankenhaus nach Wesseling, etwa 3 bis 4 Kilometer. Dort angekommen, hatte die Empfangschwester Miltrandis sogleich die Vermutung, daß ich zu zeitig komme, um mich mal im Krankenhaus satt zu essen. Denn sie hatten schon eine Schwangere über einen Monat lang in Verpflegung.

Bei mir dauerte es nicht so lange. Einen Tag später war ich eine junge Mutter mit einem gesunden Baby.

Die »Baby-Ausstattung« bestand aus einem Karton mit alten gebrauchten Baby-Sachen, den wir in einem Keller eines ausgebrannten Hauses gefunden hatten. Zu kaufen gab es nichts und für unsere alten Reichsmark noch weniger als nix. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus meiner »sorglosen Jugendzeit«.

Wißt ihr nun, warum die Friedenstaube der liebste Vogel der roten Oma ist?

ELISABETH MONSIEG

## Wukania-Sommerfest

### 25. August am Wukensee bei Biesenthal

Abgesehen davon, daß das Wukania Sommerfest sowieso ein nicht zu verpassendes Ereignis ist, laden wir euch insbesondere ein, mit uns zu beginnen, den Brandenburg-Bus für



die Welcome United Parade am 29. September in Hamburg zu gestalten: Malen und Basteln, Inhaltliches und Schmetterlinge, Bienen und Libellen (Thema: Swarming)!

Kommt gern zahlreich am 25. August nach Wukania! Das Programm dauert von 15.30 Uhr bis open end, wie immer vielfältig: Bands und DJs, Fotoshow und Rundgänge Projektendorf Wukania, Mitmachzirkus, Malen und Basteln für die Welcome United Parade ([www.welcome-united.org](http://www.welcome-united.org)), Siebdruck, Bade- freuden, Essen (auch gern von euch mitgebrachtes!) und Trinken und noch mehr...

FELIPE

Vor 67 Jahren:

## Im August blüh'n die Rosen

Genau 67 Jahre sind es her, daß ich als Junger Pionier vier Wochen lang in der Internationalen Pionierrepublik »Ernst Thälmann« in Berlin-Wuhlheide weilen durfte. 20.000 Pioniere aus der DDR und 2.000 Kinder aus vielen Ländern der Welt waren in großen Zelten zwischen den hohen schlanken Kiefern untergebracht. Die Organisatoren und Pionierleiter leisteten Großes. In ihrer Freizeit beschäftigten sich alle Pioniere in Arbeitsgemeinschaften und Zirkeln. Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung der 3. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die im August 1951 in Berlin stattfanden. Die Berliner hatten sich große Mühe gegeben und neben vielen Sportanlagen ein großes Stadion für 20.000 Pioniere und sogar ein schönes Wasserbassin hergerichtet. Die Verpflegung war sehr gut, es gab vieles, was in der Nachkriegszeit knapp war. Alle fühlten sich wohl.

In den vier Wochen lernten wir viele Lieder, wie »Zwischen hohen schlanken Kiefern« oder »Sonne, Sonne, scheine heller«, das »Einheitslied« (Freundschaft, Einheit, Frieden) und natürlich das populärste Lied zu den Weltfestspielen »Im August blüh'n die Rosen«. Das sangen alle und viele, die damals unter den Teilnehmern waren, singen heute noch mit, wenn dieses Lied angestimmt wird (siehe »Ein Lied im August« in BBP 8/2016).

### Der 13. August – das Gedenken

Am 13. Tag im August gedenken wir den Opfern der deutschen Wiedervereinigung, die nicht an diesem Tage festgemacht werden können, aber mit einem anderen. Mit dem Abbau der innerdeutschen Grenze wurden Millionen Biographien zerstört und zig Tausende Menschen scheiterten psychisch, körperlich und auch mit dem Leben an der Aufzwingung des kapitalistischen Systems, einem System, das bekanntlich über Leichen geht. Den Hunderten Opfern der deutschen Teilung stehen hunderttausende Opfer der deutschen Wiedervereinigung gegenüber. Davon jedoch an diesem Tage kein Wort.

J.G.

### Gemeinsam im Bahnhofstreff

Am Dienstag, den 28. August, lädt die Volkssolidarität (VS) um 14 Uhr in den Bahnhofstreff Finow (Bahnhofstr. 32) zum Kreativkurs »Kreativ und lecker - Grillnachmittag mit frischen Salaten, Chutneys, Würzölen und Likören«. Anmeldung bis zum 25.08. unter 03334/839804 bzw. [kreativundfit@web.de](mailto:kreativundfit@web.de).

Am 4. September findet dann wieder das beliebte Tanzcafé im »Bahnhofstreff« statt (weitere Termine: 9.10., und 6.11., jeweils 14 Uhr). Die VS-Begegnungsstätte in Finow lädt außerdem zum Gesundheitstag (3.9., 14 Uhr), ins Kreativ-Café (10.8., 14 Uhr) und zum monatlichen Frühstück (18.9., ab 8 Uhr) ein.

Wir hatten alle eine Kopfbedeckung, auf dem die Worte standen: *Frieden, Einheit, Freundschaft*. Mit diesen Mützen auf dem Kopf waren wir am 12. August 1951, es war wie in diesem Jahr ein Sonntag, in der damaligen Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee) angetreten zur großen machtvollen Demonstration für Frieden und Freundschaft. Über eine Million FDJler, Sportler und alle Organisationen der Nationalen Front nahmen an dieser gewaltigen Demonstration der Jugend und Studenten teil.

In der Pionierrepublik erhielten wir natürlich auch Besuch von unserem Staatspräsidenten Wilhelm Pieck. Mein Bruder gehörte damals der Deutschen Volkspolizei an, die noch die dunkelblauen Uniformen trug. Er bewachte das Schloß Niederschönhausen, dem Amtssitz des Präsidenten der DDR. Wenn wir uns trafen, hatte er immer das Lied auf den Lippen: »Denn wir sind der Nachwuchs der deutschen Republik, wir halten Dir die Treue, Genosse Wilhelm Pieck«. Auch meine Mutter war in diesem August in Berlin dabei, Sie war vom Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) delegiert worden und wohnte in der Greifswalder Straße. So war meine ganze Familie im Berlin der Weltfestspiele unterwegs.

Die große Freude und Begeisterung, die ich in diesen Wochen erlebte, werde ich mein Leben lang nicht vergessen.

NORBERT GLASKE

### Digital Library der UNO

Mehr als 900.000 digitale Dokumente (Stand: 8/2018) der UNO und ihrer Unterorganisationen können seit Mai 2017 kostenlos im Internet eingesehen und recherchiert werden (<https://digitallibrary.un.org/>). Das Angebot wird betreut von der Dag Hammarskjöld Library (<https://library.un.org/>) in New York.

Den Verweis auf die UN-Bibliothek findet man beim Stöbern in der VIRTUELLEN ALLGEMEINBIBLIOTHEK (VAB), die vor 19 Jahren am 22. August 1999 von der Diplombibliothekarin INGRID STRAUCH begonnen wurde.

Bei der VAB handelt es sich um eine kommentierte Linksammlung mit inzwischen 5.000 Dokumenten. Gesammelt werden Links zu digitalen Veröffentlichungen im Internet (Texte, Datenbanken, Verzeichnisse, ...), bei denen sie von einer längerfristigen Nachfrage ausgeht.

Die Links werden katalogisiert und systematisch einsortiert. Sie erhalten ein Abstract und werden per Schlagwort-, Autoren- und Institutionenregister inhaltlich erschlossen. Eine interne Suchmaschine bietet einen Zugang zur VAB per Volltextsuche.

Ingrid Strauch kann in die VAB ihre Erfahrungen mit der Datenbank DOBI einbringen, die sie bis zum Jahr 2000 in Berlin betreute. Die VAB ist auch mit einem eigenen wordpress-Blog aktiv ([www.virtuelleallgemeinbibliothek.de](http://www.virtuelleallgemeinbibliothek.de)).

KARL DIETZ

## Kulturhaus Heidekrug 2.0

**Joachimsthal (bbp).** Aus einem Zufall, mit viel Mut und noch mehr nachbarschaftlicher Eigeninitiative entstand in Joachimsthal das Kulturhaus Heidekrug 2.0. Es war im Jahr 2009, als eine Engländerin und ein Thüringer von Karlsruhe nach Joachimsthal zogen. Ungefähr zur gleichen Zeit wollte die Stadt den alten Kultursaal loswerden, denn selbst die Abrißkosten wären zu teuer gewesen. Geschlossen war der Saal bereits seit den 1990er Jahren.

Bei den beiden Neu-Joachimsthälern und ihren Nachbarn entstand ein Plan: Warum nicht den Saal retten, ein neues Kunst- und Kulturangebot schaffen und etwas Leben in den Ort bringen? Aber ob das klappt? Denn früher war Joachimsthal mehr für seine Neonazis als für kulturelles Leben bekannt.

Die frischgebackenen »Kulturmacher« haben es gewagt, den Verein »Kulturhaus Heidekrug e.V.« gegründet und einfach damit angefangen, Kultur für alle Altersgruppen in Joachimsthal zu machen. In und um den alten Saal herum.

Das hat von Anfang an erstaunlich gut geklappt. Heute ist das Kulturhaus der Treffpunkt in Joachimsthal für Jung und Alt – vor, während und nach den Veranstaltungen. Kommunales Kino jeden Freitag, Kinderkino, Theater, Workshops, Konzerte von Pop bis Klassik, Outdoor-Aktionen, u.v.m. Das komplett ehrenamtlich getragene Projekt von Nachbarn für Nachbarn bringt bei über 60 Veranstaltungen im Jahr die Menschen im Ort zusammen und macht Joachimsthal toleranter. 2017 fand sogar ein »Queeres Joachimsthal«-Wochenende statt. Vor 10 Jahren wäre das hier sicherlich undenkbar gewesen. Kultur schafft in Joachimsthal Brücken zwischen allen Nachbarn.

Ausstellung geplant:

## DDR-Kunst in Eberswalde

**Eberswalde (prest-ew).** Das Museum Eberswalde plant für Herbst 2019 eine Sonderausstellung zu bildender Kunst aus den Jahren 1949 bis 1990. Die Schau soll in Kooperation mit dem Landkreis Barnim stattfinden und sich schwerpunktmäßig auf Kunst aus Eberswalde und der Region beziehen.

Die Vorbereitungen zur geplanten Sonderausstellung laufen bereits. Das Museum empfing Ende Juli die Textilkünstlerin Christl Prange, die mittlerweile in Halle lebt. Die Gobelinweberin schuf 1974/75 einen sieben Meter breiten Wandteppich als Auftragswerk unter dem Titel »Rotes Finowtal«. Gemeinsam mit Museumsleiterin Birgit Klitzke, Museumsmitarbeiterin Kerstin Neidhardt sowie der Kunsthistorikerin Lisa Wedekind begutachtete die Künstlerin den Zustand des textilen Kunstwerks, das 2019 in der DDR-Kunstschau gezeigt werden soll.

Christl Prange lebte zwischen 1967 und 1979 in Eberswalde und fertigte in dieser Zeit



Dies soll nun gewürdigt werden. Das Projekt Kulturhaus Heidekrug 2.0 wurde aus mehr als 1.000 Einreichungen für den Deutschen Nachbarschaftspreis 2018 nominiert. Der Preis wurde von der *nebenan.de* Stiftung ins Leben gerufen, um nachbarschaftliches Engagement auszuzeichnen. Das Projekt aus Joachimsthal ist unter den Besten Brandenburgs und eines von deutschlandweit 104 nominierten Projekten. »Die Nominierung zeigt«, sagt Gisbert Amm vom Trägerverein, »daß wir mit unserem Engagement nachweislich einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Darauf sind wir stolz!«

Die Online-Abstimmung endet am 22. August. Einige Tage vorher lag das Projekt mit 960 Stimmen auf dem dritten Platz. Die Hoffnung ist groß, es in den letzten Tagen noch auf Platz 1 für den Publikumspreis, der mit 5.000 Euro dotiert ist, zu schaffen ([www.nachbarschaftspreis.de/de/Kulturhaus-Heidekrug-20/](http://www.nachbarschaftspreis.de/de/Kulturhaus-Heidekrug-20/)).

Neben dem Publikumspreis gibt es 13 Landesieger (je 2.000 Euro) und 3 Bundessieger (10.000, 7.000 und 5.000 Euro), die jeweils von Landesjurys bzw. der Bundesjury bestimmt werden.

zahlreiche Wandteppiche für den öffentlichen Raum an, unter anderem für die Kommunen Strausberg, Frankfurt (Oder) und Altenhof am Werbellinsee.

Der Wandteppich »Rotes Finowtal«, dessen ständiger Platz sich nach seiner Fertigstellung im gleichnamigen Kulturhaus der Stadt Eberswalde (heute Westend-Kino) befand, wurde unter anderem 1978 auf der VIII. Kunstausstellung der DDR in Dresden präsentiert.

Mit der Sonderausstellung möchte das Museum in der Adler-Apotheke Eberswalde ein breites künstlerisches Spektrum von Kunstwerken aus der DDR-Zeit präsentieren und regionalen Berufs- sowie Laienkünstlern eine Ausstellungsfläche bieten.

Die inhaltliche Ausrichtung der Kunstausstellung 2019 entspricht damit dem Zeitgeist namhafter Kunsthäuser. Zahlreiche Sammlungen wie die in Dresden, Leipzig, Cottbus und Schwerin präsentieren derzeit ihr künstlerisches Erbe der Jahre 1949 bis 1990.

### Wandertips

von **BERND MÜLLER**

#### Geheimnisvolles Kurviertel

Sonntag, 26. August, Führung »Zwischen Landhaus und Kapelle – Rundgang durch das historische Gesundbrunnenareal«, 1,5 Stunden.

Die NaturFreunde freuen sich, den bekannten Museumsdirektor und Schloßkastellan Dr. Reinhard Schmook für diese besondere Führung gewonnen zu haben. Auch alteingesessene Freienwalder Bürger werden hier sicher einiges Neues erfahren.

Treff: 13.30 Uhr Vor dem Landhaus (Kurmittelhaus), Gesundbrunnenstraße 33a, 16259 Bad Freienwalde, Mindestteilnehmerzahl 10, Gebühren: 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro.

#### Von Alt Cüstrinchen nach Alt Rüdnitz

Sonntag, 2. September, Wanderung im ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark, 6 km.

Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. laden heute ein zu einem geführten Spaziergang auf polnischer Oderseite. Gestartet wird in Hohenwutzen. Gemeinsam fahren die Teilnehmer mit Fahrgemeinschaften zum Ausgangspunkt der Wanderung, dem Ort Stary Kostrzynek (Alt Cüstrinchen). Sie spazieren durch den teils verschwundenen Ort und werden Reste der Bebauung sehen. Vom ehemaligen deutschen Friedhof sind einige Familiengräber teilweise erhalten. Nach Besichtigung des Friedhofes geht es auf dem Höhenweg der Zehdener Karpaten bis nach Stara Rudnica (Alt Rüdnitz). Es werden 55 Höhenmeter überwunden. Wir kehren zum Kaffee trinken in das gemütliche Restaurant Krystyna in Alt Cüstrinchen ein. Tourleiter Corinna Gerber. Teilnehmer, die mit dem Zug anreisen, bitte bei uns über die Anreise erkundigen.

Treff: 13.30 Uhr Hotel »Zur Fährbuhne«, Fährweg 17, 16259 Hohenwutzen

#### Im Nationalpark Unteres Odertal

Sonntag, 9. September, Geführte Wanderung (7km), Im Anschluss Kaffeetrinken und Besuch Nationalparkhaus möglich.

Im September 2000 wurde das Besucherzentrum (Nationalparkhaus) des Nationalparks in Criewen eröffnet. In der Ausstellung zum Anfassen und Mitmachen kann die Auenlandschaft der Oderniederung erlebt und entdeckt werden. Die Ausstellung lädt zu einem spannenden Exkurs in die Landschaft und deren Geschichte ein. Jeder Besucher kann aktiv werden und auf einer Entdeckungstour durch 13 Ausstellungsbereiche den Geheimnissen der Natur näher kommen. Tourleiterin Manuela Grundmann.

Treff: 13.30 Uhr, Nationalparkhaus, Park 2, 16303 Schwedt/ Oder, OT Criewen

Anmeldung unter 03344/3002881 oder [wandermueller@aol.com](mailto:wandermueller@aol.com). Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

**Guten Morgen Eberswalde DLXXXI:  
Kultur am Neuen Blumenplatz**

**Eberswalde (bbp).** Abseits vom traditionellen Veranstaltungsort auf dem Marktplatz, gastierte »Guten Morgen Eberswalde« im August bereits im Salomon-Goldschmidt-Quartier, in der Maria-Magdalenen-Kirche und auf dem Stadt-campus der HNEE. Am vierten Augustsonnabend, dem 25. August, stellen sich regionale Kulturakteure auf dem »Neuen Blumenplatz« am Humboldt-Gymnasium vor. Mit dabei sind die Band »Auf Krücken durch Rom«, Schortie Scheumann, Boddie Bodag und die Musikschule Barnim. Der Eintritt ist kostenlos und der Beginn wie immer morgens um halb elf.

**Kommunales Kino**

Am Freitag, dem 24. August, zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 um 19.30 Uhr im kommunalen Kino den Film *Shape of Water - Das Flüstern des Wassers* (Kanada/USA 2017). Der Eintritt beträgt 6 Euro.

In der Zeit des Kalten Krieges und der allgemeinen Paranoia arbeitet die stumme Elisa, zart und anrührend von Sally Hawkins gespielt, in einem geheimen Labor als Putzkraft. In einem Wasserbehälter wird ein merkwürdiges Amphibienwesen für grausame Experimente angeliefert, zu dem Elisa Vertrauen aufbauen kann, das in eine ungewöhnliche Liebesgeschichte mündet (Länge: 123 Minuten, FSK: 16).

GISBERT AMM

**Lyrikhaus Joachimsthal:  
Offene Lesebühne**

Am Samstag, dem 25. August, um 19 Uhr findet im Lyrikhaus eine offene Lesebühne statt. Der Eintritt ist frei. Alle, die sich für Lyrik interessieren oder auch selbst schreiben, sind eingeladen, Gedichte zu rezitieren oder vorzulesen. Das kann ein Lieblingsgedicht oder etwas Selbstverfaßtes sein. Musikalische Beiträge sind ebenfalls willkommen – mit oder ohne Text. Pro Person maximal zehn Minuten. Ein zeitliches Minimum gibt es nicht. Wenn jemand einen Vierzeiler, Limerick oder Schüttelreim zum besten geben will – nur zu! Wir freuen uns auf zahlreiche interessante Beiträge. Die Reihenfolge wird zu Beginn ausgelost. Von der Lesung mit Bela Chekurishvili aus Georgien ist noch georgischer Wein übrig, mit dem noch einmal auf das Gastland der diesjährigen Frankfurter Buchmesse angestoßen werden kann.

Ich freue mich auf zahlreiche interessante Beiträge. Die ursprünglich für diesen Abend geplante Lesung mit Kathrin Schmidt holen wir 2019 nach.

GISBERT AMM

Lyrikhaus, Glockenstr. 23, 16247 Joachimsthal  
<http://lyrikhaus.de/>



**Barnimer Bürgerpost**

**Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«**

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_ Datum, 2. Unterschrift Abonent/in \_\_\_\_\_

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an:** Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

**Rentensprechstunde**

»Brandenburgische Rentnerinitiative«  
Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Rentnerinitiative klären. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen.

Der nächste Termin ist am Mittwoch, 12. September, 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

**impresum**

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**internet:** [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 15. August 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 12. September 2018.